

# Mitteilungen

Hessische Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum

53 / März 2017 – ISBN 1610 – 6415

[www.hessische-akademie.de](http://www.hessische-akademie.de)



## Schwerpunktthema Daseinsvorsorge

Dr. Florian Warburg - <b>Ärztliche Versorgung in ländlichen Räumen</b>	3
Edwin Schneider - <b>Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in der Region Ulrichstein</b>	8
Heiko Stock - <b>Soziale Infrastruktur in der Gemeinde Lautertal</b>	11
Dr. Martin Reiss - <b>Wasserversorgung in peripheren Räumen</b>	15
Harald Schmidt - <b>Grundbildungszentrum in Hofgeismar</b>	22
Marcus Mannsbarth - <b>Hofgeismar ist auf dem Weg!</b>	24
Roland Löffler - <b>Bürgergesellschaft und demografischer Wandel in Hessen</b>	29
Roswitha Rüschenndorf - <b>„Rettet das Dorf! Was jetzt zu tun ist.“ Buchbesprechung</b>	30
Exkurs Peter H. Niederelz - <b>Hessen ist 70</b>	34
HAL Interna	35
Peter H. Niederelz - <b>Besuch des Europäischen Parlaments in Straßburg</b>	
Hartmut Bock - <b>Bericht von der Vorstandssitzung der HAL</b>	

### Prolog

Das Thema Daseinsvorsorge ist eines der weitreichendsten und meist diskutierten im Kontext ländlicher Räume. Sowohl die aktuellen politischen Debatten, die Auseinandersetzung innerhalb der Forschungsdisziplinen sowie die Diskussionen aus der Praxis im In- und Ausland unterstreichen die Relevanz des Themas (u.a. Born 2009 u. 2011; Farmer et al. 2012; Grabski-Kieron & Stinn 2011; Hahne 2009; Moseley & Owen 2008; Neu 2009; Warburg 2015; Woods 2012).

Die Hessische Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum möchte hierzu ihren Beitrag leisten und das Thema in Hessen unter die Lupe nehmen. Die aktuelle Ausgabe 53 legt ihren Fokus auf die Herausforderungen im Bereich der Daseinsvorsorge in den hessischen Städten und Gemeinden im ländlichen Raum.

Sowohl theoretisch-konzeptionelle und/oder anwendungsbezogene-empirische Beiträge sowie Good-Practice bzw. interessante Praxisbeispiele sollen zum Verständnis aktueller Wandlungsprozesse in Hessen beitragen. Nach dem Aufruf zur Einreichung interessanter Beiträge ist hiermit eine gelungene Zusammenstellung derzeitiger ländlicher Herausforderungen in Bezug auf soziale, gesundheitsrelevante, technische und kritische Infrastrukturen entstanden.

Dr. Florian Warburg umreißt im Interview mit Dr. Sigrid Stahl, Leiterin der Fachstelle Gesundheitliche Versorgung, die Thematik nachhaltiger Organisationsformen, Ansätze und Strukturen in Bezug auf die Gesundheitsversorgung anhand des Vogelsbergkreises. Bürgermeister Edwin Schneider aus Ulrichstein führt die Thematik fort und fokussiert konkrete Maßnahmen einer ländlichen Kommune. Der Beitrag von Bürgermeister Heiko Stock aus Lautertal hingegen lässt erahnen, welche Herausforderungen ländliche Kommunen bzgl. sozialer Infrastrukturen (Jugendräume, Dorfgemein-

schaftshäuser) besitzen und welche Lösungsansätze derzeit, auch im Rahmen des IKEK (*Integriertes kommunales Entwicklungskonzept*), diskutiert werden.

Dr. Martin Reiss (Universität Marburg) zeigt Probleme kritischer Infrastrukturen anhand des Beispiels kommunaler Wasserversorgung in Hessen auf und erörtert die Frage nachhaltiger Lösungsansätze. Grundsätzliches zu ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Ansätzen in Bezug auf ländliche Entwicklung zeigt Dr. Roland Löffler (Herbert-Quandt-Stiftung) in seinem Beitrag. Harald Schmidt nimmt sich des Themas Bildung an und erläutert das Konzept eines Grundbildungszentrums. Bürgermeister Markus Mannsbarth umreißt grundlegend das sog. „*Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept*“ (ISEK) anhand verschiedener Handlungsfelder der Stadt Hofgeismar.

Roswitha Rüschenndorf bespricht aktuelle Literatur zur Entwicklung ländlicher Räume: Sie geht ein auf Gerhard Henkels 2016 erschienenen Appell „*Rettet das Dorf! Was jetzt zu tun ist.*“

Im Namen der Hessischen Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum bedanken wir uns bei allen Autorinnen und Autoren sowie Mitwirkenden dieses Themenheftes.

Ihr HAL-Redaktionsteam

## Ärztliche Versorgung in ländlichen Räumen – Anpassungsdruck führt zu pragmatischen Lösungen

Dr. Florian Warburg



Die ländlichen Räume in ganz Europa sind andauernden Veränderungsprozessen unterworfen. In aktuellen wissenschaftlichen Debatten spielen u.a. soziale und demografische Dynamiken sowie die Sicherung von Infrastrukturen wie bspw. der ärztlichen und

Gesundheitsversorgung eine zentrale Rolle bei der Untersuchung ländlicher Entwicklung (u.a. Warburg 2015; Woods 2012; Brereton et al. 2011). Der sog. zweite demografische Übergang bzw. demografische Wandel kumuliert soziokulturelle, ökonomische und politische Einflüsse, die sich u.a. in einem veränderten generativen Verhalten und dem „demographisch-ökonomischen Paradoxon“ (Birg 2003, 42) äußern und deren Zusammenspiel sogar als „Revolution“ bezeichnet wird (Coleman 2006, 402).

### Hintergrund

Eine zunehmende räumliche Mobilität – ob nun freiwillig oder zwingend erforderlich – führt zu einer höheren Quantität an Wanderungsbewegungen, deren Qualität einen starken Einfluss auf die Bevölkerungsstrukturen der ländlichen Räume auch in Deutschland aufweist (Muilu/Rusanen 2003). So verlassen bspw. vor allem junge Menschen die Peripherie, um geeignete Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu finden. Klassische Familienstrukturen brechen auf, was zu veränderten Formen des Zusammenlebens und einem Zurückbleiben der älteren Generation mit geringem Anschluss an die nähere Verwandtschaft einhergehen kann. Gerade in ländlichen Räumen treffen diese skizzierten gesellschaftliche Veränderungen und sich wandelnde räumliche Mobilitätsmuster auf ohnehin niedrige Fertilitätsraten und führen in der Konsequenz zu einer zunehmenden (Über-)Alterung

der Bevölkerung, auch aufgrund der höheren und weiterhin steigenden Lebenserwartung (Leon 2011).

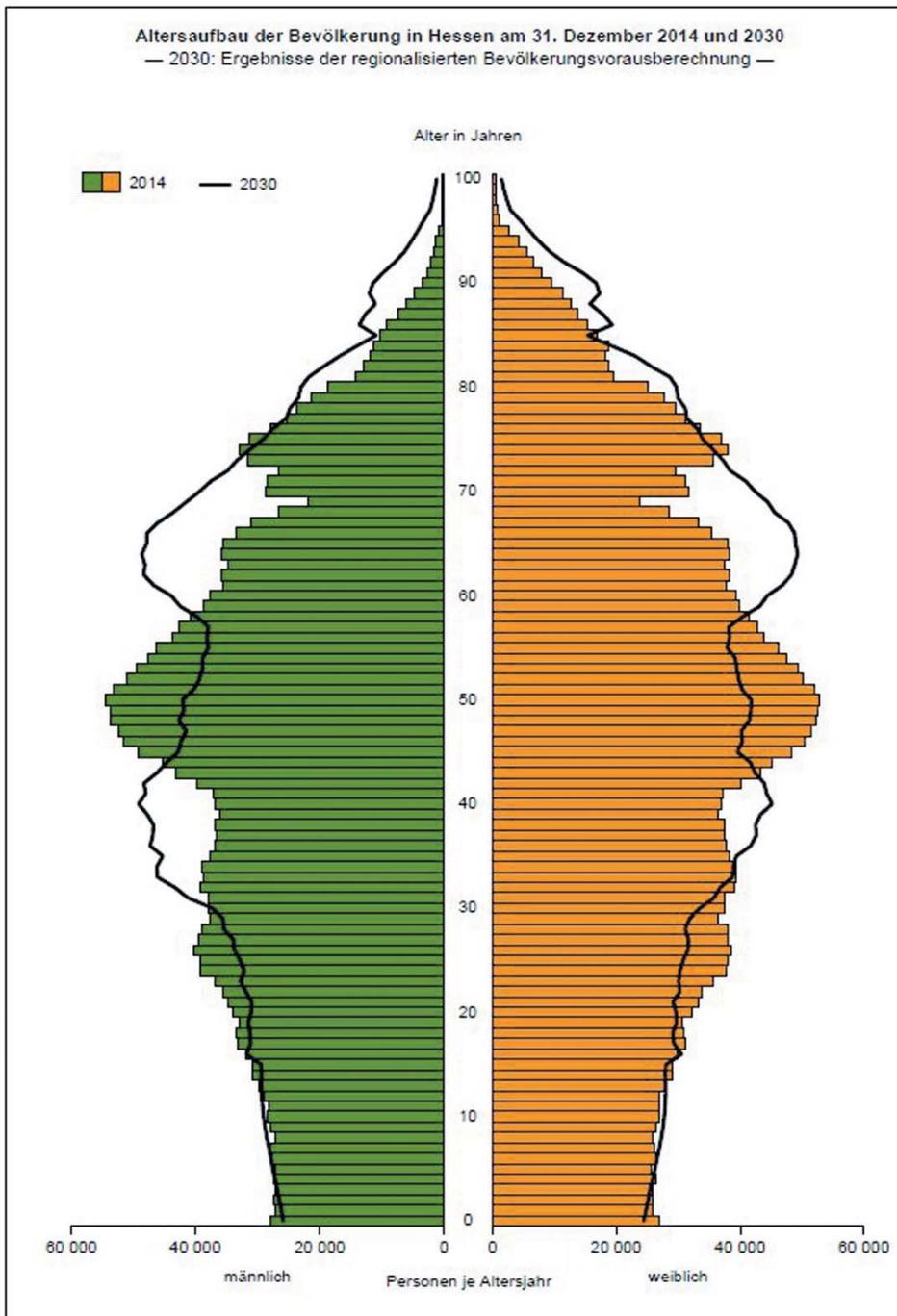
Aufgrund dieser Entwicklungen stehen die politischen Akteure und Sicherungssysteme einem Anpassungsdruck gegenüber, was die Bevölkerungen in ländlichen Räumen in besonderem Maß betrifft (Walford/Kurek 2008).

Die lokalen und regionalen Regierungen und Verwaltungen sehen sich großen Anforderungen gegenübergestellt, Versorgungsangebote für eine alternde Gesellschaft her- oder sicherzustellen. Dies ist vor dem Hintergrund einer sinkenden Zahl an Steuerzahlern und einer steigenden Anzahl an Menschen im Vorruhe- und Ruhestand zu sehen (Stockdale/MacLeod 2013; Muilu/Rusanen 2003).

### Der Vogelsbergkreis – pragmatische Lösungen im Spannungsfeld von Angebot und Nachfrage

Als einer der besonders vom demografischen Wandel betroffenen Kreise in Hessen zählt der Vogelsbergkreis. In den Jahren 2000 bis 2011 nahm die Bevölkerung um etwa 8% ab (Hessen Agentur 2016). Im Jahr 2014 lag die Bevölkerungszahl bei ca. 106.000 Einwohnern und nahm bis Ende 2015 sogar leicht zu. Die natürliche Bevölkerungsentwicklung (Geburten-Sterbefälle) ist – wie in nahezu allen Regionen in Deutschland und darüber hinaus – negativ. Gerade die letzten Jahre zeigen aber einen positiven Trend der räumlichen Bevölkerungsentwicklung im Vogelsbergkreis. So überstieg die Zahl der Zuzüge die, der Fortzüge seit 2013/14 (Hessisches Statistisches Landesamt 2013-2016). Ob dieser Trend fortgesetzt wird, ist noch offen. Die Prognose der Hessen Agentur bezüglich der Bevölkerungsentwicklung im Vogelsbergkreis geht derzeit von einer Einwohnerzahl von etwa 100.000 im Jahr 2030 aus. Dies entspricht einer Abnahme von etwa 6% (Hessen Agentur 2016: 10). Dabei

## 53. HAL Mitteilungen



© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2016. Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

### Altersaufbau der Bevölkerung in Hessen – Stand 31.12.2014

(Quelle: Statistik Hessen 2016 auf <https://statistik.hessen.de/bildergalerien/bevoelkerung> [Zugriff: 19.01.2017])

findet diese Schrumpfungstendenz in allen Städten und Gemeinden statt, jedoch in unterschiedlicher Intensität. Gleichzeitig findet sich im Vogelsberg, gerade aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegungen in Kombination mit einer stei-

genden Lebenserwartung – einer der höchsten Altersdurchschnitte in ganz Hessen (46,5 Jahre in 2014), welcher bis 2030 auf etwa 50 Jahre steigen wird (Hessen Agentur 2016: 5).

Diese strukturellen und quantitativen Veränderungen der Bevölkerung können zu Einsamkeit und Isolation der älteren Menschen führen. Dies umso mehr, vor dem Hintergrund des Rückgangs familiärer Unterstützungssysteme. Zudem kommt es zu einem schleichenden Verlust an Versorgungseinrichtungen, vor allem in Bezug auf den Zugang zu Dienstleistungen und Einrichtungen der Gesundheitsversorgung in ländlichen und peripheren Räumen (Warburg 2015; Milbourne / Doheny 2012).

Dass das Phänomen des Ärztemangels eine weitreichende Bedeutung sowohl in gesundheitsbezogener sowie sozialer Hinsicht besitzt, ist den meisten Experten und der Bevölkerung per se bewusst. Was können also die Akteure einer ländlichen Region tun, um dieser Herausforderung entgegenzutreten?

### Kooperationen und Wissenstransfer als Lösungsansätze?

Im Interview mit Dr. Sigrid Stahl, Leiterin der Fachstelle Gesundheitliche Versorgung im Gesundheitsamt des Vogelsbergkreises, konnten einige, teils kreative und aus der Bevölkerung kommenden Ansätze aufgezeigt werden. So stammten die

## 53. HAL Mitteilungen

ersten Impulse zur Befassung mit dem Thema „Sicherung der ärztlichen Versorgung“ aus der Arbeit des auf Kreisebene gegründeten überparteilichen Bündnisses für Familie, in dem Expertenwissen und Ehrenamtlichkeit verknüpft sind. Das Interview fand im Januar 2017 im Gesundheitsamt des Vogelsbergkreises statt und soll exemplarisch die Bemühungen und Bestrebungen der Akteure ländlicher Kommunen aufzeigen.

*Warburg:* Frau Dr. Stahl, können Sie zunächst die Situation der hausärztlichen Versorgung in einer ländlichen Region wie dem Vogelsbergkreis (VBK) darstellen? Welche Entwicklungen zeichnen sich ab?

*Stahl:* Die hausärztliche Versorgung im VBK stellt sich momentan noch gut dar. In fast allen Städten und Gemeinden sind Allgemeinmediziner niedergelassen, die die ambulante vertragsärztliche Versorgung gewährleisten. In Zahlen ausgedrückt leben und arbeiten rund 70 Hausärzte im VBK. Vor dem Hintergrund, dass es immer schwieriger wird junge motivierte Ärzte für ländliche Regionen zu gewinnen, gehen wir davon aus, dass dieser Standard in Zukunft nicht zu halten sein wird. So liegt der Anteil der über 55-jährigen Hausärzte in 15 Gemeinden bei über 55%. Vereinzelt kam es schon zu Praxisschließungen, ohne dass ein Nachfolger gefunden werden konnte.

*Warburg:* Welche Rolle spielen eher inhärente und immanente (demografische, gesellschaftliche, wirtschaftliche) Faktoren bei dieser Entwicklung? Welche Faktoren beeinflussen die Entwicklung darüber hinaus?

*Stahl:* Aus meiner Sicht ist es ein Faktorenbündel, was zu der skizzierten Entwicklung führt. Dazu gehört zum einen sicherlich die scheinbare Unattraktivität ländlicher Lebensräume. Nach wie vor wird z.B. eine 30-minütige Wegezeit zur Schule oder zur Arbeit in ländlichen Regionen als nicht akzeptabel angesehen, während dies in Städten als Teil des urbanen Lebens interpretiert wird und somit nicht negativ konnotiert wird. Bezogen auf die spezifische Situation von Hausärzten ist sicherlich das Image des Berufes „Landarzt“, sprich der Allge-

meinmedizin zu nennen. Nach wie vor wird die Allgemeinmedizin nicht so hoch angesehen wie andere Facharzttrichtungen. Dies ist insofern nicht nachvollziehbar, als dass der Hausarzt als Primärversorger vom Gesetzgeber eine exponierte Stellung im Gesundheitswesen zugewiesen bekommen hat. Zunehmend mehr registrieren wir auch, dass die Zulassungsbedingungen zum Medizinstudium die Problematik nicht gerade entschärfen. Es gibt einige junge Menschen, die trotz guter Abiturnoten nicht zum Studium zugelassen werden, obwohl sie den klaren Berufswunsch Allgemeinmediziner haben. Angesichts der Nachfolgeproblematik gerade im ländlichen Raum sehe ich hier Handlungsbedarf.

*Warburg:* Welche Bestrebungen gibt es seitens der politischen und administrativen Akteure des Vogelsbergkreises?

*Stahl:* Im VBK liegt hierzu mittlerweile eine fast 10-jährige Erfahrung vor. Sozusagen initial war dabei eine Studie zur Situation der hausärztlichen Versorgung, die bei der ersten Vogelsberger Gesundheitskonferenz im Jahr 2010 vorgestellt und diskutiert wurde. Darauf aufbauend wurde ein Arbeitskreis mit Akteuren der gesundheitlichen Versorgung gegründet, dessen Ziel die Gründung eines Weiterbildungsverbundes für Allgemeinmedizin war. Ein weiterer Meilenstein war die Initiative des Landrates Manfred Görig, die Fachstelle Gesundheitliche Versorgung zu initiieren, mit der der Kreis über seine reinen Pflichtaufgaben hinaus eine Stelle geschaffen hat, deren Aufgabengebiet eben genau die angedeuteten Herausforderungen sind. Anknüpfend an die Aufbauarbeit der ersten Jahre wurde ein „Konzept zur Sicherung der gesundheitlichen Versorgung“ entwickelt. Eckpfeiler sind hier die Einrichtung einer Lenkungsgruppe Gesundheit, die Durchführung einer Gesundheitskonferenz und die Initiierung von Arbeitskreisen zu ausgewählten Themenfeldern. Kurz gesagt, Kernaspekte sind zum einen die strategisch-konzeptionelle Arbeit und zum anderen die operative Umsetzung der gesetzten Ziele. Der VBK hat im Laufe der Jahre sein Weiterbildungskonzept kontinuierlich ausgebaut und zu einem umfassenden Aus- und Weiterbildungspaket „medizin+“ erweitert.

## 53. HAL Mitteilungen

*Warburg:* Wie kann ich mir die Weiterbildungsinitiative des Kreises konkret vorstellen?

*Stahl:* Zentraler Baustein ist der Weiterbildungsverbund des VBK für Allgemeinmedizin. An diesem Verbund sind die drei regionalen Krankenhäuser, 17 niedergelassene Allgemeinmediziner und der Kreis beteiligt. Ziel des Verbundes ist es, jungen Mediziner\*innen eine qualitativ hochwertige und integrierte Facharztweiterbildung zu bieten. Die Kooperation zwischen Kliniken und niedergelassenen Fachärzt\*innen ermöglicht eine kontinuierliche Weiterbildung über die gesamte Weiterbildungszeit von fünf Jahren in einer Region. Aufgrund der Verbundstruktur entfallen längere Wartezeiten zwischen den einzelnen Weiterbildungsabschnitten und außerdem können so viel schneller und leichter berufliche Netzwerke geknüpft werden. Rund um den Weiterbildungsverbund haben wir einige zusätzliche Projekte initiiert, die alle dem strategischen Ziel der Nachwuchsgewinnung und -bindung dienen. So ermöglichen wir z.B. in Kooperation mit der Universität Marburg Medizinstudierenden die Möglichkeit, dass diese ein 14-tägiges Pflichtpraktikum bei niedergelassenen Allgemeinmediziner\*innen im VBK ableisten können. Sofern die Studierenden nicht bei den Ärzten selbst übernachten können, übernimmt der VBK die Fahrt- oder Übernachtungskosten. Dieses Projekt wird sehr gut angenommen, denn die Studierenden schätzen vor allem das hohe Engagement der niedergelassenen Hausärzt\*innen in der Vermittlung der Tätigkeiten eines Landarztes. Ganz neu haben wir zusätzlich in unser Maßnahmenpaket ein Stipendienprogramm aufgenommen. Hier können jährlich bis zu vier Medizinstudierende ab dem 5. Semester monatlich 400 Euro erhalten, sofern sie aus dem VBK kommen oder eine hohe Affinität zur Region haben. Die Studierenden verpflichten sich nach Abschluss ihrer Facharztweiterbildung im VBK für drei Jahre an der vertragsärztlichen Versorgung im VBK teilzunehmen. Alternativ kann auch eine Facharztweiterbildung für den Öffentlichen Gesundheitsdienst und eine dreijährige Tätigkeit im Gesundheitsamt erfolgen (mehr unter: <http://www.weiterbildungsverbund-vogelsbergkreis.de/>).

*Warburg:* Welche Akteure sind die treibende Kraft, die ländliche medizinische Versorgung und gesundheitsorientierte Infrastrukturen sicherzustellen?

*Stahl:* Wir sind im VBK sehr froh, dass wir viele engagierte und motivierte Ärzte haben, die sich z.B. im Weiterbildungsverbund mit einbringen. Gleichzeitig sind die Ärzte selbst natürlich auch interessiert an neuen Strukturen oder übergreifender Zusammenarbeit, um die medizinische Versorgung zu gewährleisten. Dazu stehen mittlerweile verschiedene Instrumente wie z. B. die überörtliche Berufsausübungsgemeinschaft oder die Möglichkeit angestellte Ärzte zu beschäftigen zur Verfügung. Diese Modelle gibt es auch im VBK.

Eine wesentliche Herausforderung besteht meiner Ansicht nach darin, die ambulante medizinische Versorgung nicht mehr ausschließlich auf Gemeindeebene zu betrachten, sondern den Blick aus der Metaperspektive auf den gesamten Landkreis zu richten. Entsprechend sind unsere Gremien und Arbeitskreise neben der kommunalen Verwaltungsspitze auch mit Vertretern der Politik, der Bürgermeister, der niedergelassenen und Krankenhausärzte, der Pflege, der Kassenärztlichen Vereinigung und Vertretern des Amtes für Soziale Sicherung besetzt.

*Warburg:* Welche Rolle spielt dabei das Thema Mobilität?

*Stahl:* Das Thema spielt im ländlichen Raum ganz allgemein immer eine Rolle – und entsprechend auch, wenn es um die medizinische Versorgung geht. Dies umso mehr, wenn man den Wegzug der jüngeren Generation mit in Betracht nimmt. Es kann ggf. dann problematisch werden einen Arzttermin in einer weiter entfernten Gemeinde wahrzunehmen, wenn die Angehörigen nicht zur Verfügung stehen. Meiner Meinung nach gilt es hier praxistaugliche Lösungen zu finden. In unserer Region verfügen wir z.B. in den einzelnen Gemeinden über gut etablierte Nachbarschaftshilfestrukturen. Auch dies ist übrigens ein Vorteil ländlicher Regionen: Man kennt sich – und wenn man sich nicht kennt, lernt man sich schnell kennen. Erste Erfahrungen aus dem MORO-Projekt zum Thema Car-Sharing und Elektromobilität liegen ebenfalls vor und es wird zukünftig darum gehen, diese in die

## 53. HAL Mitteilungen

neuen Konzepte zur medizinischen Versorgung zu integrieren. Das kann z. B. so aussehen, dass an einem Gesundheitszentrum, in dem mehrere Ärzte in selbstständiger Tätigkeit oder im Angestelltenverhältnis arbeiten, ein Mobilitätskonzept integriert ist. Wir erwarten dazu Ergebnisse aus dem bundesweiten Modellvorhaben „Langfristige Sicherung von Versorgung und Mobilität in ländlichen Räumen“ kurz MoDaVo. Hier ist der VBK eine Modellregion, in der Konzepte erarbeitet werden, mit denen in Zukunft sowohl die Daseinsvorsorge und Nahversorgung als auch die Mobilität gewährleistet werden können. Dabei werden standortplanerische und verkehrsplanerische Ansätze zusammengeführt. Und genau hier kommt dann auch die medizinische Versorgung zum Tragen (<https://www.vogelsbergkreis.de/BMVI-Modellvorhaben.1012.0.html>). Wir konnten sozusagen die Interdependenzen der Themen übersetzen in kooperative Zusammenarbeit vor Ort.

*Warburg:* Können Sie das Beispiel der überörtlichen Berufsausübungsgemeinschaft kurz erläutern?

*Stahl:* Dieses Modell ist insofern interessant, als dass eine Praxis sozusagen auf mehrere Standorte verteilt ist. Man kann sich das so vorstellen, dass z. B. im Ort A der Hauptsitz einer Hausarztpraxis ist, während im Ort B eine Zweistelle der Praxis ist. Je nach Modell kann die gesamte Organisation der Praxis von der Hauptpraxis aus erfolgen. Hier spielt dann ggf. auch gerade das angesprochene Thema Mobilität eine Rolle.

*Warburg:* Was sind Ihrer Meinung nach die größten Herausforderungen der Zukunft in Bezug auf die ärztliche Versorgung in ländlichen Räumen?

*Stahl:* Wie bereits kurz angesprochen sehe ich eine Herausforderung darin, den Blick auf eine ganze Region und nicht nur auf eine Gemeinde zu lenken. Dass die gesundheitliche Versorgung der Zukunft anders aussieht, als die, die wir jetzt kennen, ist unbestritten. Die Gestaltung jedoch liegt

als Aufgabe vor uns. Wesentlich halte ich in diesem Zusammenhang transparente Entscheidungswege, die auf wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen beruhen. Es gilt alle Akteure mit ins Boot zu nehmen und zu versuchen weniger Partikularinteressen Einzelner zu bedienen, als vielmehr Konzepte und Ideen zu entwickeln, aus denen alle Beteiligte – vor allem auch die Patienten – profitieren. Dies funktioniert meiner Ansicht nach eben dann leichter, wenn z. B. so wie wir jetzt im VBK machen, anhand einer Studie eine Problemdefinition erarbeitet wird, diese mittels einer Datenerhebung und -auswertung wissenschaftlich untersucht wird und Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Weitergehend kann gesundheitliche Versorgung nicht isoliert von Fragen der pflegerischen Leistungen, der Sozialberatung oder der Mobilität betrachtet werden. Gleichzeitig sehen wir, dass es mittlerweile viele verschiedene Projekte und praktische Modelle gibt. Hier gilt es, Synergien zu schaffen und Zusammenarbeit und Austausch nicht nur zu fordern, sondern auch umzusetzen. Die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Projekten bedeutet für uns, dass wir auf Landkreisebene z.B. Daten austauschen oder auch in Projektstrukturen integriert werden, um einen interdisziplinären Zugang zu gewährleisten. Vereinfacht gesagt nutzt es eben nichts, wenn wir für den VBK ein Mobilitätskonzept erarbeiten, in dem Arztpraxen oder Krankenhäuser keine Rolle spielen.

*Warburg:* Ihre Schlussfolgerung?

*Stahl:* Auf eine Formel gebracht, könnte man sagen, dass multifaktorielle Probleme multidisziplinäre Lösungen erfordern.

*Warburg:* Vielen Dank für Ihre Zeit, Informationen und Hinweise.

**Autor:** Dr. Florian Warburg, Vogelsbergkreis - Amt für den ländlichen Raum und Daseinsvorsorge (Lauterbach), Mitglied der HAL, stellv. Vorstandsvorsitzender und stellv. Redaktionsleiter

## Ulrichstein – Stadt im Hohen Vogelsberg

### Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in der Region Ulrichstein

Edwin Schneider



Die Stadt Ulrichstein liegt im Naturpark Hoher Vogelsberg und ist Hessens höchstgelegene Stadt. Der Schlossberg mit der Burgruine liegt auf 614 m über NN und bietet einen herrlichen Rundblick in den Vogelsberg und das Gießener Becken.

#### Geschichte und Infrastruktur

Kaiser Ludwig der Bayer verlieh Ulrichstein im Jahr 1347 die Stadtrechte; die Marktrechte wurden der Stadt dann zwei Jahre später verliehen. Von den zahlreichen Märkten aus dieser Zeit ist der Jacobimarkt übriggeblieben, der in jedem Jahr am dritten Wochenende des Monats Juli gefeiert wird. In diesem Jahr findet der Markt bereits 668. Mal statt.

Ulrichstein besteht seit der Gebietsreform im Jahr 1972 aus insgesamt neun Ortschaften mit insgesamt rund 3.000 Einwohnern. Die Kerngemeinde Ulrichstein hat knapp 1.000 Einwohner; die anderen Orte liegen zwischen 150 und 400 Einwohnern. Vor zehn Jahren hatte die Großgemeinde noch rund 3.400 Einwohner und ist damit wie andere ländliche Kommunen vom demokratischen Wandel betroffen.

In den Ortschaften gibt es neun Dorfgemeinschaftshäuser, neun Feuerwehren und neun Ortsbeiräte, die das Rathaus bei der Erledigung der zahlreichen Aufgaben einer kleinen Kommune unterstützen.

Das gesamte Stadtgebiet hat eine Größe von rund 65 qkm. In Ulrichstein laufen fünf Täler aufeinander zu. Die für den hohen Vogelsberg typische Topografie macht es notwendig, dass die Stadt Ulrichstein in Ihrem Eigenbetrieb für die anfallenden Abwässer acht Teichkläranlagen zu unterhalten

hat. In jedem einzelnen Ort der Stadt sind Wasserversorgungseinrichtungen vorhanden. In Ulrichstein sind ca. 45 Kilometer Wasser- und Abwasserleitungen verlegt, die es gilt kostenträchtig zu unterhalten.

Ulrichstein ist anerkannter Luftkurort und bietet neben einer herrlichen Landschaft und einer gesunden Luft einige touristische Highlights. Hier befindet sich direkt neben dem Wohnmobilstellplatz - in herrlicher Lage mit Weitblick - das erste Naturbadebiotop Deutschlands. Ohne chemischen Zusätze kann man hier das Badevergnügen in naturbelassenem Wasser genießen.

Rund um den Schlossberg wartet auf einer Größe von 6 ha der - weit über die Grenzen Ulrichsteins hinaus - bekannte Vogelsberggarten. Dort befindet sich ein Bauerngarten, wie wir ihn von früher her kennen, ein Kräutergarten und in vielen Beeten werden Pflanzen gezeigt, die teilweise vom Aussterben bedroht sind. Es gibt einen kleinen Acker mit jährlich wechselnden Feldfrüchten, die von



#### *Aussicht vom Schlossberg aus*

Hand bearbeitet werden. Der Acker im Vogelsberggarten ist einer von 112 Äckern in Deutschland, der vor zwei Jahren für seine Vielfalt von der

## 53. HAL Mitteilungen

deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) ausgezeichnet wurde. Biodiversität wird hier groß geschrieben.



*Museum im Vorwerk*

Das „Museum im Vorwerk“ wurde 1995 in der alten "Zehntscheune" der Stadt Ulrichstein eingerichtet. Das beeindruckende Renaissancegebäude, das aus dem Jahre 1464 stammt, war Teil des Vorwerks der Burganlage Ulrichstein - woraus sich der ortsübliche Name "Im Vorwerk" ableitet. Es bietet seinen Besuchern neben einer Landwirtschafts- und Jagdausstellung über das Jahr hinweg zahlreiche Ausstellungen und Märkte.



*Wohnmobilstellplatz mit Naturbadebiotop*

Außerdem bietet Ulrichstein seinen Gästen zertifizierte Wanderwege und im Winter gespurte Langlaufloipen, die zu einem Aufenthalt in der schönen Natur einladen.

Die Stadt Ulrichstein war es, die im Jahr 1996 den ersten kommunal betriebenen Windpark mit vier Windkraftanlagen in Deutschland eröffnet hat. Derzeit drehen sich in Ulrichstein 53 Windenergieanlagen (WEA), wovon 14 Anlagen der Stadt selbst

gehören. Die restlichen WEA befinden sich im Besitz der hessenENERGIE, dreier Bürgerwindparks und eines örtlichen Investors.

Die Stadt Ulrichstein profitiert aus den Erträgen der Windkraft, wodurch die vorgenannte Infrastruktur aufrechterhalten werden kann. Rund eine Mio. Euro fließen der Stadtkasse derzeit pro Jahr aus diesem Wirtschaftszweig zu. Diese setzen sich aus den Gewinnen der eigenen Anlagen, der Gewerbesteuer und den wiederkehrenden Gestattungsentgelten für Wege- und Leitungsrechte zusammen.

### **Ärztliche Versorgung**

Vor etwa zehn Jahren haben sich in der Großgemeinde noch insgesamt drei Hausärzte um das gesundheitliche Wohl der Bürgerinnen und Bürger gekümmert, zwei davon in der Kernstadt und ein Arzt im Ort Bobenhausen. Aktuell ist nur noch ein Arzt in der Kernstadt ansässig. Auch in der Nachbarkommune Lautertal ist seit Jahren kein Arzt mehr vorhanden, mit der Folge, dass die Hausarztversorgung in dieser Gemeinde zu einem großen Teil über den verbliebenen Allgemeinmediziner in Ulrichstein abgedeckt wird.

Die Stadt Ulrichstein ist eine von wenigen Städten in ganz Deutschland, die noch über eigene Apothekerrechte verfügt. Diese Rechte sind mit dem städtischen Gebäude, in dem die Apotheke angesiedelt ist, an eine Apothekerin verpachtet. Die Apotheke wurde vor vier Jahren in dem denkmalgeschützten Haus für rd. 250.000 € renoviert und umgebaut und entspricht damit den neuesten gesetzlichen Vorgaben.

Weitere Leistungserbringer im Gesundheitswesen in Ulrichstein sind der örtliche Zahnarzt und eine Praxis der Physiotherapie.

Die Aufrechterhaltung bzw. Sicherung der ärztlichen Versorgung ist an sich keine Aufgabe der Kommune. Da es aber auf dem Lande noch schwieriger ist als in der Stadt Hausärzte zu bekommen, die sich niederlassen oder eine bestehende Praxis übernehmen wollen, hat sich die Politik in Ulrichstein vor etwa acht Jahren dazu entschlossen, sich um diese Problematik zu kümmern.

Gerade auch deshalb, weil sich eine Apotheke vor Ort auch nur halten kann, wenn ein Arzt in unmittelbarer Nähe praktiziert und Rezepte verschreibt. Außerdem gehen Menschen, die zum Arzt, zur Physiotherapie oder in die Apotheke gehen auch gerne noch am gleichen Ort einkaufen, wovon auch die Geschäfte profitieren. Die Sicherung der ärztlichen Versorgung ist damit ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für eine kleine ländliche Gemeinde.

Junge Ärzte wollen sich aber heute überwiegend nicht in einer ländlichen Region niederlassen, sondern wollen aus familiärer Sicht lieber in einer größeren Stadt praktizieren oder als angestellter Arzt beispielsweise in einem Krankenhaus oder einem medizinischen Versorgungszentrum mit geregelten Arbeitszeiten Dienst tun. Den Hausarzt von früher, der die Patienten weit mehr als ein halbes Leben und rund um die Uhr versorgt hat, wird es heute kaum noch geben.

Junge Ärzte wollen lieber in größeren Zentren praktizieren, weil ihre Familien dort beispielsweise ein größeres Freizeitangebot, bessere Einkaufsmöglichkeiten und für die Kinder bessere Schul-, Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten finden.

Erschwerend kommt hinzu, dass die meisten Ärzte im ländlichen Raum – auch in Ulrichstein - vom Alter her kurz vor dem wohlverdienten Ruhestand stehen und keine Praxisnachfolge in Sicht ist. Junge Ärzte scheuen sich auch aufgrund von häufigen Bereitschaftsdiensten in der Nacht und an Wochenenden davor, in das mit Ärzten dünn besiedelte „flache“ Land zu gehen. Diese Dienste sind aber aufgrund der in Hessen eingerichteten Bereitschaftsdienstzentrale nur noch selten zu erbringen.

### **Ärztliche Kommission und Ärztehaus**

Um die ärztliche Versorgung sicherzustellen hat sich in Stadt Ulrichstein in 2011 eine ärztliche Kommission gebildet, die sich um die Sicherstellung der Hausarztversorgung kümmern soll. In der Kommission sind Kommunalpolitiker aller Fraktionen vertreten. Auch die Leistungserbringer im Gesundheitswesen in Ulrichstein sind hier mit eingebunden. Das Gremium hat der Stadtverordnetenversammlung Vorschläge unterbreitet, wie das

Problem der Sicherung der ärztlichen Versorgung behoben werden kann.

So liegen seit drei Jahren positive Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vor, die auf die Errichtung eines Ärztehauses bzw. medizinischen Versorgungszentrums in Ulrichstein abzielen. Es steht ein städtisches Grundstück zur Verfügung, das zuvor bereits für diesen Zweck gekauft wurde. Die Finanzierung des Hauses kann über die Erträge aus der Windkraft sichergestellt werden. Die Beschlusslage sieht vor, dass mit dem Bau begonnen werden kann, sobald ein weiterer Hausarzt in Sicht ist, der sich in Ulrichstein niederlassen will. Auch Fachärzte aus den verschiedenen Bereichen sind in Hessens Bergstädtchen gerne willkommen.

Seit dem Jahr 2014 arbeitet die Stadt mit einer Gesellschaft zusammen, welche zunächst eine Bestandsanalyse der medizinischen Versorgungssituation in der Region Ulrichstein mit Handlungsempfehlung erarbeitet hat. Hierfür hat die Stadt rund 17.000 € verausgabt.

Es wurden alle Leistungserbringer im Gesundheitswesen im Landkreis Vogelsberg und in den benachbarten Kreisen angeschrieben, ob sie sich ein Engagement in Ulrichstein vorstellen könnten.

Nach einem  $\frac{3}{4}$  Jahr lagen die Ergebnisse vor. Mehrere Ärzte konnten sich eine Kooperation in einem neuen Ärztehaus in Ulrichstein vorstellen. Das hört sich zunächst gut an, hat aber leider immer noch nicht zum gewünschten Erfolg geführt. Für den Hausarztbereich stünden Sitze zur Verfügung, die gegebenenfalls nach Ulrichstein verlegt werden könnten. Hier stehen aber aktuell keine Ärzte zur Verfügung, die die Sitze besetzen würden. Im Facharztbereich sind Ärzte verfügbar, leider aber keine Sitze, die nach Ulrichstein geholt werden könnten.

Die Vorgaben der Kassenärztlichen Vereinigung sehen vor, dass grundsätzlich Sitze eines Hausarztes nur innerhalb des sogenannten Mittelbereichs verlegt werden können. Die Kommunen des Vogelsbergkreises sind in drei Mittelbereiche aufgeteilt. Facharztsitze können auch überregional verlegt werden.

## 53. HAL Mitteilungen

Die Gesellschaft, die die Analyse für Ulrichstein erarbeitet hat, hat aktuell den Auftrag, für den Facharztbereich nach Sitzen und im allgemeinmedizinischen Bereich nach Ärzten zu suchen. Hierfür hat die Stadt erneut rund 10.000 € verausgabt. Im Erfolgsfall werden weitere Zahlungen an die Gesellschaft fällig.

### Bemühungen des Vogelsbergkreises

Auch der Vogelsbergkreis, mit dem Landrat und dem Ersten Kreisbeigeordneten an der Spitze, hat sich die Sicherung der ärztlichen Versorgung im Landkreis auf die Fahne geschrieben. Hierzu wurde eine „Fachstelle Gesundheitliche Versorgung“ im Landratsamt und eine Lenkungsgruppe eingerichtet, in der auch der Bürgermeister der Stadt Ulrichstein aktiv ist.

Seit zwei Jahren gibt es einen Weiterbildungsverbund, an dem sich zahlreiche Praxen im Kreis beteiligt haben. Diese bieten Praktikumsstellen für die Ausbildung zum Allgemeinmediziner an. Weiterhin bietet der Vogelsberg jährlich vier Stipendien für studierende Humanmediziner an. Die Stadt Ulrichstein arbeitet eng mit der Fachstelle im Landratsamt zusammen.

Alle Bemühungen des Vogelsbergkreises zielen ebenfalls darauf ab, dass die jungen Ärzte nach Beendigung des Studiums im Landkreis verbleiben und Arztpraxen eröffnen oder bestehende übernehmen.

Neben dem Kreis und der Stadt Ulrichstein sind alle Kommunen im Vogelsbergkreis bemüht für Ihre Menschen die ärztliche Versorgung auch in der Zukunft sicherzustellen.

Gemeinsam sind wir stark und gemeinsam wollen wir dieses Ziel erreichen.

### Quellen:

- [www.ulrichstein.de](http://www.ulrichstein.de)
- [www.weiterbildungsverbund-vogelsbergkreis.de](http://www.weiterbildungsverbund-vogelsbergkreis.de)

### Autor:

*Bürgermeister Edwin Schneider*

*Stadt Ulrichstein*

*Tel. 066453/9610-14*

*e.schneider@ulrichstein.de*

## Soziale Infrastruktur in der Gemeinde Lautertal am Beispiel von Jugendräumen und Dorfgemeinschaftshäusern

Heiko Stock



Die Gemeinde Lautertal (Vogelsberg) wurde im September 2011 mit den beiden Ortsteilen Dirlammen und Hörgenau in das Dorferneuerungsprogramm des Landes Hessen aufgenommen. Gleichzeitig hatten wir das Interesse bekundet, ein

„Integriertes Kommunales Entwicklungskonzept (IKEK) für alle sieben Ortsteile mit ihren rund 2.500 Einwohnern zu erarbeiten.

Im März 2012 erfolgte die Anerkennung durch das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, so dass anschließend unter Bürgerbeteiligung das IKEK erarbeitet wurde.

Vor allem auch unter den Vorzeichen des demografischen Wandels wurden alle Themenbereiche beleuchtet, wie Vereinsleben, Bildungseinrichtungen, Leerstand, technische Infrastruktur (vor allem Abwasserentsorgung), Energie (mit gemeindlichen Photovoltaikanlagen und 20 Windenergieanlagen in der Gemeinde), wirtschaftliche Entwicklung (u.a. Breitbandversorgung) sowie Natur und Landschaft mit Landwirtschaft und Tourismus (größtes erloschenes Vulkangebiet Mitteleuropas).

Ein Schwerpunktbereich bildete die soziale Infrastruktur und hierbei das Angebot für Kinder und Jugendliche sowie die Dorfgemeinschaftshäuser im Hinblick auf ihre Funktion als Angebot für alle Generationen.

### Angebot für Jugendliche



*Neu erbauter Jugendraum in Eichenrod – grenzt unmittelbar an das Feuerwehrgerätehaus und Dorfgemeinschaftshaus an*

Sport- und Musikvereine bieten Kindern und Jugendlichen ein bereitgefächertes Angebot. Daneben werden jährlich mit Unterstützung der Vereine durch die Gemeinde Ferienspiele veranstaltet.

Jeder Ortsteil verfügt darüber hinaus über eine Jugendgruppe, sei es die Burschenschaft oder ein Jugendclub. Die Räumlichkeiten für die Jugendlichen waren sehr unterschiedlich. Im Rahmen von früheren Dorferneuerungsmaßnahmen wurden bereits Maßnahmen umgesetzt. So wurde im Ortsteil Engelrod in einem alten Backhaus ein Jugendraum eingerichtet. In Hopfmannsfeld und Meiches wird der Dachboden des Dorfgemeinschaftshauses als Jugendraum genutzt. In Dirllammen und Hörgenau wurde in Eigenleistung mit Unterstützung durch die Gemeinde ein Massivbau errichtet bzw. ein Jugendraum zunächst mit Containern errichtet und mittlerweile vollständig umgebaut.

In den Ortsteilen Eichenrod und Eichelhain gab es entsprechende Räumlichkeiten noch nicht, man behelf sich mit einem Bauwagen oder einem Baustellencontainer.

Im Rahmen des IKEK wurde sodann zunächst vorgesehen, eine Zukunftswerkstatt mit Jugendlichen ab 13 Jahren aus allen Dörfern durchzuführen. Es sollten die Wünsche der jungen Menschen an die Weiterentwicklung ihrer Gemeinde und die Gestal-

tung ihrer Freizeit erfasst werden. Daran schlossen sich konkrete Umsetzungsschritte an, die den Neubau von zwei Jugendräumen in den beiden Dörfern vorsah. Es stellte sich weiterhin heraus, dass der Jugendraum Engelrod aufgrund seines Alters saniert werden sollte.

Parallel dazu war im IKEK unter dem Motto „Eichenrod experimentiert“ die Idee entstanden, durch die Ortsgemeinschaft ein leerstehendes Gebäude zu erwerben und einer Nutzung zuzuführen.

Was lag näher, als die beiden Zukunftsthemen zu verbinden. Durch eine Umnutzung eines leerstehenden Wohnhauses, das unmittelbar an der Ortsdurchgangsstraße steht, sollte ein „Schandfleck“ beseitigt werden. Gleichzeitig wäre ein Jugendraum entstanden, mit dem die Jugendlichen verdeutlicht hätten, dass ihnen auch am Erhalt von Fachwerkbauten gelegen ist (Bewahrung der Kultur und Verbindung mit der Zukunft).

Das Projekt konnte in dieser Form letztendlich nicht realisiert werden, da sich parallel zu den Überlegungen – erfreulicherweise - ein Käufer für das (seit vielen Jahren leerstehende) Objekt fand, der es mittlerweile liebevoll zu einem Alterswohnsitz saniert.

Nach den Beratungen in den gemeindlichen Gremien stand dann fest, dass die Jugendräume einen Schwerpunkt im Lautertaler Dorfentwicklungsprogramm haben sollen. Es wurden letztendlich Standorte gewählt, die im Bereich von vorhandenen öffentlichen Einrichtungen liegen (Dorfgemeinschaftshaus/Feuerwehrgerätehaus sowie Sportlerheim) und fest im Dorf verankert sind. Es wurden in Eichenrod und Eichelhain zwei nahezu baugleiche Jugendräume in Holzständerbauweise errichtet, um Synergien zu nutzen.

Bei der Sanierung des Jugendraumes in Engelrod gab es Diskussionen bezüglich des vorhandenen Standortes in der Dorfmitte und den damit verbundenen Lärmbelästigungen. Aber auch hier bestand Einvernehmen in den gemeindlichen Gremien, dass die Jugend mitten ins Dorf gehört. Durch bauliche Maßnahmen im denkmalgeschützten Gebäude (Einbau eines zweiten Fensters im Innenraum und Einbau eines Flurbereichs) wurden die

berechtigten Interessen der Nachbarschaft berücksichtigt.

### Dorfgemeinschaftshäuser

In allen Lautertaler Dörfern sind Dorfgemeinschaftshäuser als Treffpunkte vorhanden. Die Größe reicht von 170 m<sup>2</sup> bis 460 m<sup>2</sup>.



*Dorfgemeinschaftshaus Hopmannsfeld in der Dorfmitte mit Jugendraum im Dachgeschoss sowie direkt angrenzendem Feuerwehrgerätehaus – ideale Bündelung, die in dieser Form nicht überall zu realisieren ist*

Wie in vielen Städten und Gemeinden standen im Rahmen des IKEK natürlich auch in Lautertal die Dorfgemeinschaftshäuser in der Diskussion. Sie werden den freiwilligen Leistungen zugerechnet. Insofern muss jeweils geprüft werden, ob sie dauerhaft erhalten werden sollen bzw. können. Zumeist gibt es weitere öffentliche Einrichtungen, wie Gaststätten, Vereinsheime, Feuerwehrgerätehäuser oder kirchliche Einrichtungen.

Bis auf das Dorfgemeinschaftshaus in Hörgenau sind alle übrigen Gebäude in einem guten baulichen Zustand (mit Ausnahme der Dacherneuerung bei drei Dorfgemeinschaftshäusern – energetische Sanierung).

Es bestand Einvernehmen im IKEK-Prozess, die Dorfgemeinschaftshäuser hinsichtlich ihrer Nutzungen und möglicher Angebote zu überprüfen. Aufbauend auf den aktuellen Nutzungen sollten Schritte für die Erhöhung und Optimierung der Nutzung diskutiert und geprüft werden. Dabei sollte auch eine Vernetzung der Angebote innerhalb der Kommune geprüft werden. Erst danach sollten Entscheidungen getroffen werden, ob auch bauliche Maßnahmen an den Dorfgemeinschaftshäusern umgesetzt werden sollen.

Im Nutzungskonzept sollten zudem die Kosten betrachtet und auf die Frage eingegangen werden, ob alle derzeit vorhandenen öffentlichen Räume auch künftig noch benötigt werden.

Es wurde sodann unter den vorgenannten Kriterien ein Nutzungskonzept beauftragt, um auf dieser Grundlage Empfehlungen für Investitionen zu entwickeln, so z.B. auch im Rahmen der Dorfentwicklung.

Die Erstellung des Nutzungskonzeptes erfolgte gemeinsam durch die Büros „proloco“, Göttingen und „regioTrend“, Gießen, die bereits das IKEK für Lautertal erstellt hatten und insofern bestens mit den Rahmenbedingungen vertraut waren.

Das grundsätzliche Vorgehen sowie die Festlegung von Bewertungskriterien und –standards erfolgte durch die IKEK Steuerungsgruppe (Vertreter aus der Gemeindepolitik, Vertreter der Ortsvorsteher, Vertreter aus allen sieben örtlichen IKEK-Teams). An dem sich anschließenden Workshop nahmen über 40 Personen teil. Es waren Vertreter/innen von Vereinen, Ortsteilen sowie der Politik.

Der Prozess ergab im Wesentlichen folgende Ergebnisse:

- Öffentliche Einrichtungen sind i.d.R. nicht wirtschaftlich tragfähig
- Jeder Ortsteil soll eine öffentlich zugängliche Einrichtung haben
- Die Lebensqualität in den Dörfern hängt u.a. von Vereinen und Verbänden sowie dem Austausch, der Kommunikation und dem Miteinander ab. Dafür müssen Orte/Einrichtungen vorhanden sein.
- Die Einrichtung soll von vielen Personen und unterschiedlichen Altersgruppen genutzt werden können (multifunktional und barrierefrei)

Es hat sich gezeigt, dass die Dorfgemeinschaftshäuser insgesamt – auch im Vergleich zu anderen Städten und Gemeinden – gut ausgelastet sind. Der Durchschnitt der Auslastung liegt bei 8,9 % und somit geringfügig unter den vom Rechnungshof anvisierten 10 %.

Die Verteilung ist jedoch nicht über alle Dorfgemeinschaftshäuser gleich. So ist die Auslastung im

## 53. HAL Mitteilungen

DGH Dirlammen mit 16,6 % am höchsten, was auch damit zu begründen ist, dass außer einer Gaststätte keine weiteren öffentlich zugänglichen Räumlichkeiten in diesem Ortsteil vorhanden sind. Im kleinsten Ortsteil Eichelhain liegt die Auslastung nur bei 2,8 % im entsprechenden Referenzjahr. Hier gibt es mit dem Sportlerheim eine zusätzliche öffentlich zugängliche Räumlichkeit.

Auffällig ist – im Hinblick auf die Bewertung der Auslastungszahlen – dass im Sommer häufig keine oder sehr geringe Nutzungen stattfinden (Sommerpause oder die Vereine gehen raus).

Es ist üblich, die Dorfgemeinschaftshäuser der jeweils anderen Dörfer zu nutzen, z.B. Ausweichen wegen Doppelbuchungen oder Durchführung eines Liederabends im Nachbarort, weil das eigene DGH zu klein ist. Das Überwinden der Ortsteilgrenzen und die gemeinsame Nutzung von Räumlichkeiten ist ein Indiz für ein gesamtgemeindliches Wir-Verständnis und zeigt gleichzeitig, dass ein flexibler Umgang mit Räumlichkeiten möglich ist. Dies ist natürlich noch ausbaubar.

Die Gesamtkosten für die Dorfgemeinschaftshäuser betragen im Referenzjahr 139.815,00 EUR (einschließlich Abschreibungen von 57.666,00 EUR). Bei Erträgen von 30.826,00 EUR verblieben letztendlich saldierte Aufwendungen von 108.989,00 EUR. Durch das Nutzungskonzept wurden weitere Daten ausgewertet, z.B. Erträge und Aufwendungen in Bezug auf die Größe des DGH oder in Bezug auf die Einwohner.

Schließlich wurden aufgrund der Auslastung, der Kosten, der Pro-Kopf-Kosten sowie der gebührenpflichtigen Nutzungen eine Investitionsempfehlung abgegeben. Diese war auch bereits Grundlage bei der Beratung in den gemeindlichen Gremien bezüglich der oben angesprochenen Dacherneuerung bei drei Dorfgemeinschaftshäusern.

### Fazit

Das Integrierte Kommunale Entwicklungskonzept (IKEK) hat eine gute Möglichkeit geboten, die soziale Infrastruktur in Lautertal neu zu beleuchten.

Ein Ergebnis war, dass auch die Dorfgemeinschaftshäuser neu Wert geschätzt werden. Allzu oft werden diese nur aus Kostensicht betrachtet. Dorfgemeinschaftshäuser sind aber weit mehr. Sie sind in den Dörfern teilweise die einzigen Orte, wo noch Kommunikation stattfindet. Gerade in Zeiten des Internets und der sozialen Medien, wo Fakten offenbar zweitrangig sind, bedarf es solcher Treffpunkte, damit Meinungen ausgetauscht werden.

Hierzu kann man sehr gut einen Mitbürger zitieren: „Flaschenbier macht dumm.“ Flaschenbier wird nämlich zumeist alleine zu Hause getrunken. Wichtig ist aber, dass man sich mit anderen Menschen trifft, um auch andere Standpunkte kennenzulernen.

Insofern haben die Dorfgemeinschaftshäuser weiterhin ihre Berechtigung. Nichts desto trotz muss eine verantwortliche Gemeindepolitik alle Aspekte, auch die Kosten, im Blick haben.

Ähnlich verhält es sich mit den Jugendräumen. Auch hier ist es wichtig, dass Treffpunkte genutzt werden – auch wenn dies im Umkehrschluss möglicherweise eine geringere Nutzung der Dorfgemeinschaftshäuser bedeutet. Die Jugendlichen lernen dabei Verantwortung zu übernehmen und ihre Lebensbereiche selbst zu gestalten.

**Quellen:** Integriertes kommunales Entwicklungskonzept (IKEK) der Gemeinde Lautertal (Vogelsberg) sowie Konzept „Nutzung gemeindlicher Räume in der Gemeinde Lautertal (Vogelsberg) – Raumangebote und Nutzungen. Erstellt durch Büros „pro loco“, Göttingen und „regioTrend“, Gießen. Förderung durch Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (fachliche Beratung durch das Amt für den ländlichen Raum und Daseinsvorsorge des Vogelsbergkreises)

**Autor:** Bürgermeister Heiko Stock  
Gemeinde Lautertal (Vogelsberg)  
Rathausstraße 3, 36369 Lautertal (Vogelsberg)  
Tel. 06643/9610-12  
hstock@lautertal-vogelsberg.de

## Wasserversorgung in peripheren Räumen – Zukünftige Erfordernisse an die Daseinsvorsorge

Dr. Martin Reiss

### Einleitung



Die kommunale Wasserversorgung in Deutschland ist Aufgabe der Gemeinden. Sie ist durch die Selbstverwaltungsgarantie in Artikel 28 Abs. 2 im Grundgesetz geregelt. In Hessen ist diese Daseinsvorsorge durch das Hessische Wassergesetz (HWG)

konkretisiert, wobei die kommunale Versorgungspflicht durch § 30 HWG besteht. Die Kommunen sind darin selbständig wie sie die Wasserversorgung öffentlich-rechtlich organisieren, z.B. durch einen Eigenbetrieb, einen Zweckverband oder aber diese Aufgabe einem privaten Dritten übertragen. Bezieht eine Gemeinde private Dritte ein, bleibt sie dennoch verantwortlich für die Trinkwasserversorgung und kann aus ihrer Sicherstellungsverantwortung nicht entbunden werden. Eine Versorgung ist für die Bevölkerung, die gewerblichen sowie sonstigen Einrichtungen mit ausreichend Trink- und Betriebswasser zu garantieren. Das Präsidium des Hessischen Städtetages hat Grundsatzzpositionen zur Wasserversorgung beschlossen, an denen sich die Kommunen prinzipiell orientieren können (Hessischer Städtetag 2011):

1. Die Trinkwasserversorgung ist ein zentraler Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Oberstes Ziel ist dabei, die Bürger dauerhaft mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser zu einem angemessenen Entgelt zu versorgen. Die Aspekte Versorgungssicherheit und Qualität lassen sich am ehesten durch eine dezentrale regionale Trinkwassergewinnung, -aufbereitung und -verteilung sichern.

2. Die zentralen Aspekte wie Qualität, Sicherheit, Nachhaltigkeit und Umweltschutz (Ressourcenschonung) sind auch bei der Festsetzung der Wasserpreise von entscheidender Bedeutung und müssen entsprechend der regionalen Besonderheiten berücksichtigt werden. Dabei spielen die unterschiedlichen Strukturen und damit auch die unterschiedlichen Kosten der Versorger eine wichtige Rolle. Daher ist für die Wasserpreise eine differenziertere Preisprüfungsmethode erforderlich, die auch die regionalen und Sondereinflüsse hinreichend berücksichtigt.
3. Kontrollen und Regulierung der Wasserpreise dürfen nicht dazu führen, dass dem Wasserversorger ein defizitärer Aufgabenbereich verbleibt, der infolge der Verpflichtung der Kommune zur Sicherstellung der Wasserversorgung gegenüber den Bürgern auf Dauer mit öffentlichen Mitteln subventioniert werden muss. Der Preisdruck darf weder zu Lasten der Versorgungssicherheit noch der Qualität unseres wichtigen Lebensmittels Wasser gehen.

### Wassernutzung in Deutschland

Deutschland hat ein geschätztes potenzielles Wasserdargebot aus Grund- und Oberflächenwasser von jährlich 188 Mrd. m<sup>3</sup>, was einer Wassermenge von 2276 m<sup>3</sup> pro Einwohner entspricht (Statistisches Bundesamt 2014). Das entspricht in etwa einer Menge von 16.258 mit Wasser gefüllten Badewannen. Der überwiegende Anteil von 80 % bleibt jedoch ungenutzt. Zu den Verbrauchern der verbleibenden 20 % gehören Wärmekraftwerke mit 10,4 %, Bergbau und verarbeitendes Gewerbe mit 3,8 %, die öffentliche Wasserversorgung mit 2,7 % sowie die Landwirtschaft mit 0,1 %. Dabei ist Grundwasser die bedeutendste Trinkwasserressource in Deutschland, da es den größten Mengenanteil an der öffentlichen Wassergewinnung

## 53. HAL Mitteilungen

ausmacht. Wasser ist eine lokale Ressource die großflächig sehr unterschiedlich räumlich verteilt sein kann. Bundesweit werden fast 70 % des gefördert-ten Grund- und Quellwassers als Trinkwas-

ser genutzt, allerdings ist die Verteilung der Ressourcennutzung in den Bundesländern sehr unterschiedlich (Tab. 1 und Abb. 1; Reiss und Harnischmacher 2016).

2010	Wassergewinnung insgesamt	Grundwasser	Quellwasser	Uferfiltrat	Ange-reicher-tes Grundwasser	See- und Talsperrenwasser	Flusswasser
	1.000 m <sup>3</sup>	1.000 m <sup>3</sup>	1.000 m <sup>3</sup>	1.000 m <sup>3</sup>	1.000 m <sup>3</sup>	1.000 m <sup>3</sup>	1.000 m <sup>3</sup>
<b>Deutschland</b>	<b>5 080 663</b>	<b>3 103 917</b>	<b>430 937</b>	<b>394 987</b>	<b>468 419</b>	<b>631 153</b>	<b>51 250</b>
Baden-Württemberg	651 963	340 840	132 198	2 325	1 874	144 561	30 165
Bayern	842 983	600 541	156 473	60 022	3 071	22 876	-
Berlin	207 070	62 183	-	112 722	32 165	-	-
Brandenburg	126 268	120 415	13	2 971	2 869	-	-
Bremen	12 775	12 775	-	-	-	-	-
Hamburg	111 148	111 148	-	-	-	-	-
Hessen	342 021	258 352	45 168	71	38 430	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	93 698	79 975	2	1 785	-	-	11 936
Niedersachsen	537 515	461 991	9 703	221	2 293	63 001	306
Nordrhein-Westfalen	1 185 033	475 737	20 290	121 059	368 080	193 861	6 006
Rheinland-Pfalz	246 741	176 840	32 513	27 055	-	10 333	-
Saarland	63 841	61 891	1 950	-	-	-	-
Sachsen	271 672	60 381	12 599	62 994	7 402	125 686	2 610
Sachsen-Anhalt	73 792	53 057	2 025	3 762	12 235	2 638	75
Schleswig-Holstein	178 788	178 642	-	-	-	146	-
Thüringen	135 355	49 149	18 003	-	-	68 051	152

*Tabelle 1. Öffentliche Wasserversorgung in Deutschland im Jahr 2010 nach Bundesländern und Herkunft des Wassers (Daten: Statistisches Bundesamt 2015)*

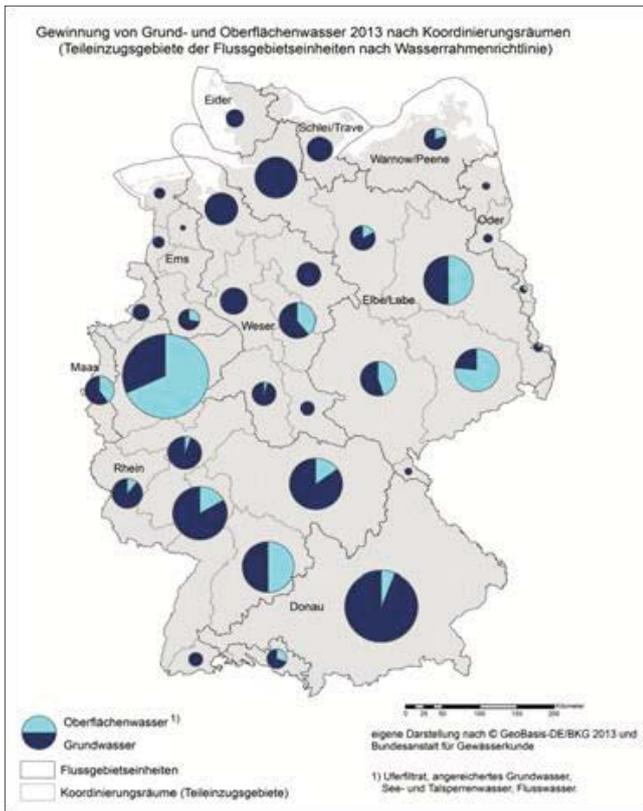


Abbildung 1. Gewinnung von Grund- und Quellwasser 2010 nach Koordinationsräumen (Teileinzugsgebiete der Flussgebietseinheiten nach Wasserrahmenrichtlinie). Statistisches Bundesamt (2015).

In Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und dem Saarland erfolgte fast die gesamte öffentliche Trinkwasserversorgung mit Grund- und Quellwasser. In Sachsen hingegen trug Oberflächenwasser, das in diesem Bundesland größtenteils aus Seen und Talsperren stammt, mit 73 % zum gewonnenen Wasser bei. Die Wassermenge der öffentlichen Wassergewinnung ist in Deutschland von 1991 bis 2010 stetig gesunken. Waren es 1991 insgesamt noch  $6516 \times 10^6 \text{ m}^3$ , so betrug die Fördermenge im Jahr 2010 insgesamt  $5081 \times 10^6 \text{ m}^3$ , was einen Rückgang um 22 Prozent bedeutet (Reiss und Harnischmacher 2016). Im Jahr 2013 waren insgesamt 99,3 Prozent der Bevölkerung an die öffentliche Trinkwasserversorgung angeschlossen (Statistisches Bundesamt 2015).

### Organisationsformen der kommunalen Wasserversorgung

Die kommunale Wasserversorgung ist im Wesentlichen in 6 unterschiedlichen Organisationsformen aufgeteilt: Regiebetrieb, Eigenbetrieb, Eigengesellschaft, Betreibermodell, Kooperationsmodell

und Privatunternehmen (vgl. Klinkenberg 2007). In Deutschland gibt es laut Statistischem Bundesamt (2015) 5.948 Betriebe (bezogen auf das Erhebungsjahr 2013). Organisiert sind die deutschen Wasserversorgungsunternehmen (WVU) überwiegend als kleine Regie- und Eigenbetriebe von Kommunen. Das Bundesland Hessen hat beispielsweise kaum Zweckverbände, dafür allerdings zahlreiche kleinere Stadtwerke und wenige große Versorgungsunternehmen. In einer repräsentativen Stichprobe (ATT et al. 2015) liegt der Anteil der öffentlich-rechtlichen Organisationsformen im Jahr 2012 bei 65%, der der privat-rechtlichen bei 35%. Ein Anteil von 45% der WVU vollzieht die Wassergewinnung ausschließlich in Eigengewinnung, bei 24% der WVU erfolgt die Wassergewinnung nur durch Fremdbezug, der Rest der WVU tätigt die Wassergewinnung in einer Mischform aus Eigengewinnung und Fremdbezug.

### Wirtschaftlichkeit und Preisentwicklung in der Wasserversorgung

Die Gebührenbildung in der kommunalen Wasserversorgung werden durch die Kommunalabgabengesetze (KAG) und Gemeindeordnungen (GO) der Bundesländer bestimmt, wobei verschiedene Grundsätze verfolgt werden. Diese sind das Prinzip der Verhältnismäßigkeit, d.h. die Gebühren müssen in einem angemessenen Verhältnis zur erbrachten Gegenleistung stehen; das Kostendeckungsprinzip, wobei alle Kosten der Wasserver- und Abwasserentsorgung durch die Gebühren oder Beiträge abdecken sind und eine langfristige Unter- oder Überdeckung nicht zulässig ist; das Kostenüberschreitungsverbot, d.h. das veranschlagte Gebührenaufkommen darf die voraussichtlichen Kosten der Einrichtung nicht überschreiten; der Gleichheits- oder Gleichbehandlungsgrundsatz, was bedeutet, dass eine willkürliche Ungleichbehandlung der Verbraucher ausgeschlossen wird; Betriebswirtschaftliche Grundsätze, wie das Prinzip des Nettosubstanzerhaltes oder das Prinzip der Realkapitalerhaltung, die beide eine Sicherstellung der Ver- und Entsorgung garantieren. Gebühren werden auf Grundlage einer Satzung erhoben. Die Beschlussfassung über die

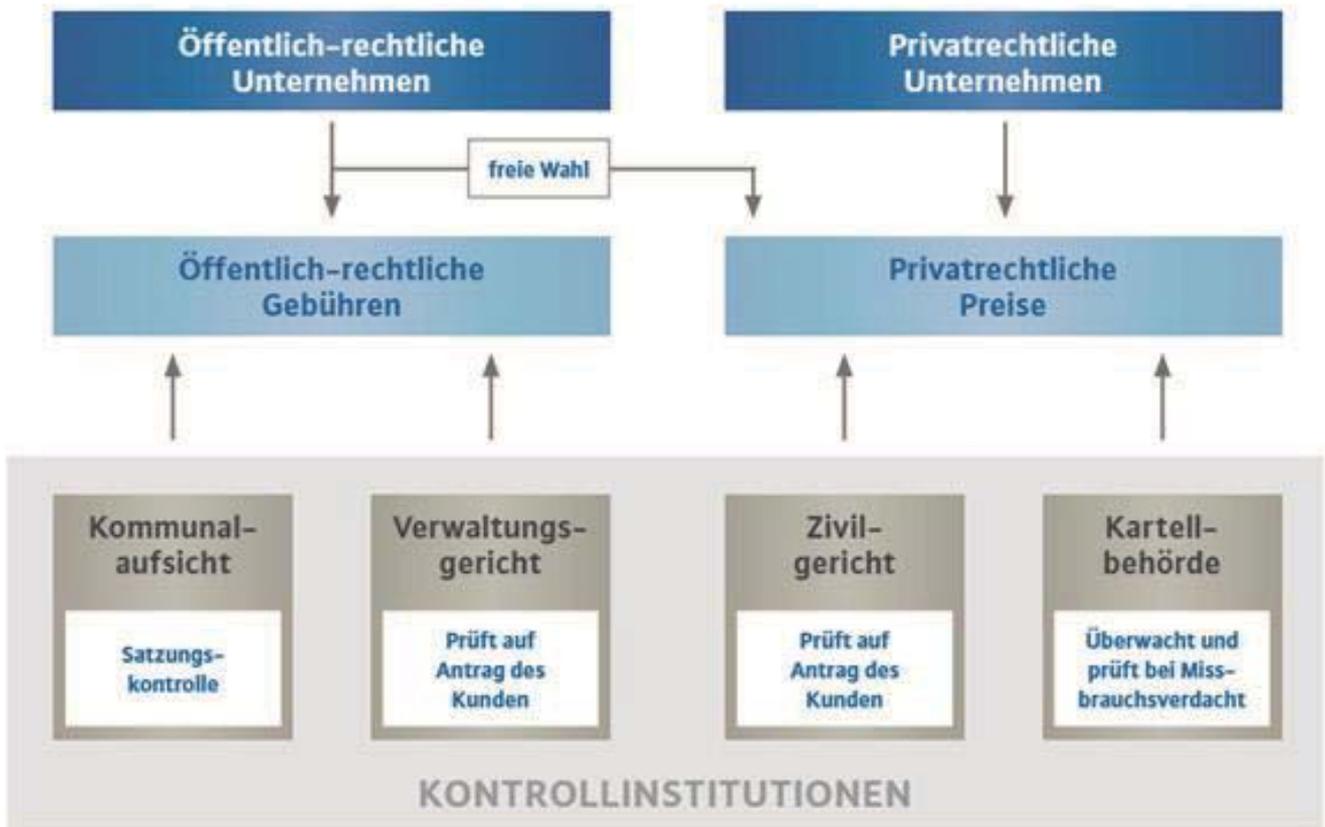


Abbildung 2 Kontrolle von Preisen und Gebühren in der deutschen Wasserwirtschaft. VKU (2016)

Satzung und damit auch über die Höhe der Gebühren obliegt den gewählten Gemeindevertretern. Die Kalkulation der Gebühren richtet sich nach den Vorgaben des KommLababgabengesetzes (HKAG) und der Gemeindeordnung (HGO). Verschiedene Kontrollorgane haben die Aufgabe der Begutachtung der Gebühren und Preise in der kommunalen Wasserversorgung (Abb. 2).

### Zukünftige Anforderungen an die kommunale Wasserversorgung in peripheren Räumen

Eine Einschätzung von zukünftigen Veränderungen, wie sie auf die kommunale Wasserversorgung in ländlichen Räumen zu kommen könnte, wird mit großer Wahrscheinlichkeit vor allem durch die demografische Entwicklung (Bevölkerungsrückgang, Alterung und Abwanderung) bzw. den Strukturwandel und den Klimawandel (Temperaturzunahme und Zunahme von Wetterextremen), bei stetig sinkenden Wasserverbrauch, beeinflusst werden (ATT et al. 2015). Bestehende regionale Unterschiede werden sich eher verstärken, wobei periphere

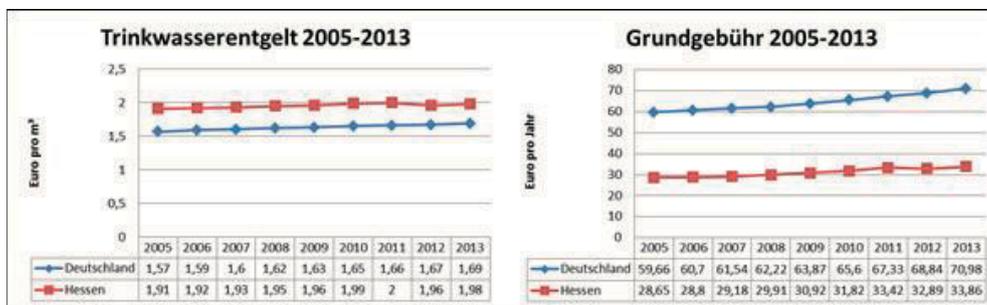


Abbildung 3 Entwicklung der Trinkwasserentgelte und der Grundgebühr in Deutschland und Hessen von 2005 bis 2013. Daten Statistisches Bundesamt (2016). Eigene Darstellung

Räume verstärkt betroffen sein werden (BMVBS, BBSR 2009). Eine allgemeine Übersicht zu möglichen Einflussfaktoren auf die Wasserversorgung zeigt Tabelle 2 (vgl. Cosgrove and Cosgrove 2012).

Einflussfaktor Wasserversorgung	Einzelfaktoren
Demografische Entwicklung bzw. Strukturwandel	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Bevölkerungswachstum und Altersstruktur</li> <li>▪ Lebenserwartung als Folge medizinischen Fortschritts</li> <li>▪ Bevölkerungsmobilität und Migrationsbewegungen</li> <li>▪ Urbanisierung und Landflucht</li> </ul>
Klimawandel	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Häufigkeit extremer Wetterereignisse</li> <li>▪ Veränderung hydraulischer Parameter</li> <li>▪ Niveauveränderungen des Meeresspiegels</li> <li>▪ Eindringen von Salzwasser in küstennahe Ökosysteme und Grundwasserkörper</li> <li>▪ Wanderverhalten der Spezies und Eindringen fremder Arten</li> </ul>
Weitere Faktoren	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Wirtschaftliche Umbrüche</li> <li>▪ Technologischer Umbruch</li> <li>▪ Verfügbarkeit und Qualität von Wasserressourcen</li> <li>▪ Wasserinfrastruktur</li> <li>▪ Landwirtschaft</li> <li>▪ Soziale, kulturelle und ethische Faktoren</li> <li>▪ Politische und rechtliche Faktoren</li> </ul>

*Tabelle 2. Einflussfaktoren auf die kommunale Wasserversorgung in Deutschland.*

### Strukturwandel aufgrund der demografischen Entwicklung

Der Wasserverbrauch wird weiter sinken, verursacht durch ein verändertes Umweltbewusstsein der Bevölkerung, eine verbesserte Technik in den Haushalten mit hoher Effizienz in der Wassernutzung sowie tendenziell steigenden Wasser- und Energiepreisen. Die Anzahl der Bevölkerung in peripheren Räumen wird sinken, der Altersdurchschnitt steigt an. Zukünftige Anforderungen werden vor allem durch die folgenden Entwicklungen auf die Wasserwirtschaft zu kommen: Potenziale einer höheren hygienischen Belastung des Trinkwassers, aufgrund längerer Verweilzeiten im Versorgungsnetz; Gleichzeitig ist mit einem Rückgang

der Auslastung und damit der Effizienz in der Abwasserbeseitigung zu rechnen. Dadurch könnten Kosten steigen, damit die Qualität des Trinkwassers aufrecht erhalten bleibt bzw. Investitionen in neue Infrastrukturen getätigt werden müssen oder ggf. das Versorgungsnetz zurück gebaut werden muss. Schwer abzuschätzen sind Veränderungen im Nutzungsverhalten, wenn z.B. der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung steigt. Eine Zunahme von Abwasserbelastungen z.B. durch Rückstände von Medikamenten ist denkbar. Auch hier bedeutet dies neue technische Herausforderungen in der Abwasserklärung, was zusätzlich höhere Kosten bedeutet. Der demografische Wandel hat eine unmittelbare Auswirkung auf den Einwohnerwert in der Abwasserwirtschaft, da die Dimen-

sionierung einer Kläranlage mit der Einwohnerzahl, die an eine Kläranlage angeschlossen sind, erfolgt.

### Klimawandel

Die Häufigkeit extremer Wetterereignisse wird neben einem allgemeinen Temperaturanstieg zunehmen. Dadurch kommt es zu einer Veränderung hydraulischer Parameter durch die Zunahme von Niederschlagsintensitäten und -häufigkeiten bei einem Anstieg im Jahresmittel (Abnahme im Sommer sowie Zunahme im Winter). Die Verdunstung wird durch die Zunahme der Dauer der Vegetationsperiode ansteigen. Durch eine zu erwartende Zunahme des Versiegelungsgrades ist jedoch nicht mit einer erhöhten Infiltrationspende zu rechnen, die eine Zunahme der Grundwasserneubildung beeinflussen könnte. Es ist zumindest zu erwarten, dass sich die regionalen Unterschiede des Wasserdargebots verstärken werden. Grundwasserstände werden stärkeren Schwankungen ausgesetzt sein, wobei vor allem in heutigen Defizitgebieten eine Zunahme der negativen Wasserbilanz zu erwarten ist. In den Sommermonaten werden Dürreperiode und somit Wasserzehrung aus den Grundwasserkörpern ansteigen. Das wird die Bereitstellung von qualitativ sauberem Trinkwasser vor weitere Herausforderungen stellen.

### Weitere Herausforderungen

Der globale Wandel hält weitere Einflussfaktoren auf die Wasserversorgung bereit, die zum Teil vielfältig mit einander vernetzt in Beziehung stehen. Im Wesentlichen sind Umbrüche durch sozio-ökonomische und technische Faktoren zu erwarten. Zum anderen könnten sich aus politischen und rechtlichen Einflussnahmen entsprechende Änderungen ergeben. In Bezug auf eine entsprechende Wirtschaftlichkeit eines Wasserversorgungsunternehmens sowie Preisstabilität für den Kunden, ist ein

zentrales Thema die Effizienz der Wasserversorgungsinfrastruktur. Das ist vor dem Hintergrund ein wesentliches Schlüsselthema, da die Infrastruktur der kommunalen Wasser- und Abwasserwirtschaft einen bedeutenden Vermögenswert der Daseinsvorsorge darstellt. Hierbei werden sich zukünftige Herausforderungen an das vorhandene Kanalsystem ergeben, wobei Optionen wie Minimierung des Netzes, aber vor allem die Sanierung alter Infrastrukturen (Erhalt und Erneuerung) im Vordergrund stehen werden (VKU 2016). Gleichzeitig



Abbildung 4 Ablauf der Risikoanalyse zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung. BBK (2016)

wird der Anspruch an ein effizientes Kanalnetz auch durch den Aspekt der Wasserqualität und Hygiene steigen, wenn wasserbürtige Krankheiten zum Beispiel durch marode, leckgeschlagene Rohre zunehmen.

### Handlungsempfehlungen

Eine wichtige Orientierung für Wasserversorgungsunternehmen bietet die Methode der Risikoanalyse der Wasserversorgung, die vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK 2016) herausgegeben wird und auf das Risiko- und Krisenmanagementkonzept des Bundesministeriums des Innern zum Schutz kritischer Infrastrukturen aufbaut.

Mit der Vorgehensweise wie sie in Abb. 4 dargestellt ist, sollen Gefahren für die Trinkwasserversorgung erkannt und gekennzeichnet (Gefahrenanalyse), eine Beschreibung der Verwundbarkeit (Vulnerabilität) der Trinkwasserversorgung erfolgen (Verwundbarkeitsanalyse), die Schadensausmaße und die Eintrittswahrscheinlichkeit bestimmt werden (Risikoermittlung) sowie ein Vergleich und eine Bewertung der Risiken und die Schaffung einer Grundlage zur Planung des Notversorgungsbedarfes dokumentiert werden (Risikovergleich und Risikobewertung). Eine detaillierte Beschreibung des Ablaufs einer solchen Risikoanalyse mit Beispielen der Umsetzung ist ausführlich in BBK (2016) wiedergegeben und wird hier nicht näher ausgeführt.

### Zusammenfassung

Der globale Wandel, allen voran der Klimawandel und der demografische Wandel, stellt besondere Herausforderungen an die zukünftigen Erfordernisse der Daseinsvorsorge innerhalb der Wasserversorgung peripherer Räume. Die Trinkwasserqualität und Infrastruktur der Trinkwasserversorgung sind in Deutschland in einem hohen Maße ein wichtiger Standortfaktor, der die wirtschaftliche Entwicklung von Regionen entscheidend beeinflusst. Zahlreiche Einflüsse wie ein allgemeiner Anstieg der Jahresmitteltemperatur der Luft, eine Zunahme von Klimaextremen wie ausgedehntere, trockenere Sommer und mildere, niederschlagsreichere Winter sowie demografische Veränderungen wie das Abwandern der Bevölkerung aus ländlichen Regionen und eine Zunahme der demografischen Alterung in der Peripherie stellen die Wasserversorgung vor neue, zum Teil noch nicht absehbare Herausforderungen. Einen Wasserman-

gel wird es auch zukünftig in Deutschland nicht geben. Es ist eher mit einem weiteren allgemeinen Rückgang des Wasserverbrauchs zu rechnen. Negative Einflüsse auf die Wasserqualität werden potentiell zunehmen. Mit einem Anstieg von Kosten zur Bereitstellung von Trinkwasser und der Entsorgung von Abwasser ist zu rechnen. Lösungswege um die komplexen Herausforderungen zu bestreiten sind sicherlich unter dem Aspekt der nachhaltigen Wasserbewirtschaftung aufzuzeigen. Die Herausforderungen sind gewiss nur im Spannungsverhältnis der wirtschaftlichen, umweltverträglichen und sozio-gesellschaftlichen Nachhaltigkeit aufzulösen. Das bedeutet ein Vorgehen innerhalb eines integrierten Wasserressourcen-Managements (IWRM) zur zukünftigen Sicherung der Daseinsvorsorge. Allgemeingültige bzw. universelle Lösungen wird es nicht geben, da Wasser eine lokale und regionale Ressource ist und Lösungswege immer im Einzelfall zu entwickeln sind, damit die entsprechenden Konstellationen berücksichtigt werden. Allerdings kann man sich an bestimmten Prinzipien orientieren. Gefordert ist eine ganzheitliche Betrachtung des Wassersektors, d.h. unter Berücksichtigung der ökologischen Nachhaltigkeit, der sozialen Gerechtigkeit und ökonomische Effizienz, flankiert von politischer und gesellschaftlicher Stabilität. Ein prinzipielles Vorgehens- oder Ablaufschema ist mit dem Risiko- und Krisenmanagementkonzept des Bundesministeriums des Innern zum Schutz kritischer Infrastrukturen vorgegeben und kann von den Wasserversorgern im Sinne einer detaillierten Risikoanalyse entsprechend konkretisiert werden, um eigene, spezifische Handlungsumsetzungen als Ziele zu formulieren und in der Zukunft zu verfolgen.

### Referenzen

Arbeitsgemeinschaft Trinkwassertalsperren e. V. (ATT), Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (BDEW), Deutscher Bund der verbandlichen Wasserwirtschaft e. V. (DBVW), Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e. V. – Technisch-wissenschaftlicher Verein (DVGW), Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e. V. (DWA), Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU) (Hrsg.) (2015):

Branchenbild der deutschen Wasserwirtschaft 2015. Langfassung.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) (2016): Sicherheit der Trinkwasserversorgung. Teil 1: Risikoanalyse. Berlin.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2009): Ländliche Räume im demografischen Wandel. Dezentertagung des Arbeitskreises Städte und Regionen der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) in Kooperation mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Berlin.

Cosgrove, C.E., Cosgrove, W.J. (2012): The United Nations World Water Development Report No. 4 – The Dynamics of Global Water Futures: Driving Forces 2011–2050 (Vol. 2). UNESCO. Paris.

Hessischer Städtetag (2011): Die kommunale Wasserversorgung. Pressemitteilung vom 14.04.2011. <http://www.hess-staedtetag.de>

Klinkenberg, A. (2007): Organisationsveränderungen in der kommunalen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Dissertation an der Universität Duisburg-Essen, Fakultät für Gesellschaftswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft. Duisburg.

Reiss, M., Harnischmacher, S. (2016): Grundwasser. In: Fohrer, N. et al. (Hrsg.) (2016): Hydrologie, S.91-107. Bern. (= utb 4513)

Statistisches Bundesamt (2014): Umweltnutzung und Wirtschaft. Bericht zu den umweltökonomischen Gesamtrechnungen 2015. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2015): Umwelt. Öffentliche Wasserversorgung und öffentliche Abwasserentsorgung - Öffentliche Wasserversorgung - Fachserie 19 Reihe 2.1.1. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2016): <http://www.destatis.de/>

VKU (2016) = Verband kommunaler Unternehmen e.V. (2016): <http://www.vku.de>

**Autor:** Dr. Martin Reiss, Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Arbeitsgruppe Soil and Water Ecosystems, SWEco (AG Prof. Peter Chiffard), Philipps-Universität Marburg, Fachbereich Geographie, Deutschhausstr. 10, 35032 Marburg, [reissm@geo.uni-marburg.de](mailto:reissm@geo.uni-marburg.de)

### Grundbildungszentrums in Hofgeismar Mit Grundbildung zu Lesen und Schreiben

Harald Schmidt



Landrat Uwe Schmidt sowie Vertreter von DGB,

Mit der Eröffnung eines Grundbildungszentrums in Hofgeismar beschreitet die Volkshochschule Region Kassel einen neuen Weg, der vom Hessischen Kultusministerium gefördert wird. Bei der Eröffnungsveranstaltung in Kassel stellten

Pro Arbeit und wissenschaftliche Experten der Universität Hamburg die neue Initiative, die sich gegen Analphabetismus richtet, vor. Die Moderation der Veranstaltung im Saal der Volkshochschule sowie die Leitung des Projektes von Hofgeismar aus führte der Politologe Gökcan Göksu (31) durch.

Die zur Zeit in Kassel stattfindenden vier Kurse sollen auf Hofgeismar und Wolfhagen ausgeweitet werden. Das durch Göksu geleitete Projektma-

## 53. HAL Mitteilungen

nagement beabsichtigt über Fortbildungsveranstaltungen bestimmte Einrichtungen für das Thema zu sensibilisieren. Dazu gehören der DGB, die IG Metall Nordhessen, das Jobcenter, Sozialamt und Jugendamt von Land und Stadt Kassel sowie die Stadtbüchereien in Kassel und Hofgeismar. Mit den Partnern soll ein Netzwerk gebildet werden, um koordiniert zu handeln. Konzepte des Volkshochschulverbandes bilden die Grundlage. Eine Kooperation mit der Uni Kassel dient der Fortbildung von Lehrkräften, die Deutsch als Fremdsprache unterrichten. Auch in der Lehrerausbildung sollen die Studenten auf das Problem vorbereitet werden. Das Bundesministerium für Bildung (BMBF) will mit der Nationalen Dekade 2016 bis 2026 das Problem mit neuen Wegen über die Grundbildungszentren in den Griff bekommen. Es besteht die Erkenntnis, dass bei 7,5 Millionen Betroffenen bundesweit dringender Handlungsbedarf besteht. Darin sind die Zugewanderten noch nicht mit einbezogen.



*Abbildung 1: Der Politologe Gökcan Göksu leitet das Projektmanagement des Grundbildungszentrums Alphabetisierungsprojekt in Hofgeismar*

Es geht zunächst einmal darum das Problem zu erkennen, so Göksu. Funktionale Analphabeten wollen über ihr Unvermögen hinwegtäuschen und besuchen aus Scham sogar Kurse in einer anderen Stadt. Eltern geben das Unvermögen nicht Le-

sen und Schreiben zu können an die Kinder weiter. Grundbildung bedeutet für Göksu, dass „in der Öffentlichkeit das Thema enttabuisiert“ wird und die Betroffenen die Chance erhalten am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Die neuen Unterrichtskonzepte, auch für Zugewanderte, sind auf bestimmte Berufsgruppen ausgerichtet und sollen lebensnah sein. Der Unterricht findet immer auf freiwilliger Basis statt. Göksus persönlicher Wunsch wäre die Einrichtung eines Lerncafés in der Hofgeismarer Stadtbücherei, so dass inmitten von Büchern gelernt werden könnte.

**Autor:** *Harald Schmidt, Trendelburg (Kunstpädagoge, freie journalistische und künstlerische Aktivitäten sowie in der Erwachsenenbildung tätig). Er ist Mitglied der HAL und Leiter des Redaktionsteams.*

### Literatur zum Thema:

- Grotlüschen, Anke / Riekmann, Wibke (2012): Funktionaler Analphabetismus in Deutschland. Ergebnisse der ersten leo. – Level-One Studie. Münster, New York, München und Berlin.
- Egloff, Birte / Grotlüschen, Anke (2011): Forschen im Feld der Alphabetisierung und Grundbildung. Münster, New York, München und Berlin.
- Löffler, Cordula / Korfkamp, Jens (2016): Handbuch zur Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener. Münster und New York.
- Hessisches Kultusministerium (2016): Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener in Hessen. Wiesbaden. Stand: 31.01.2017.
- Deutscher Volkshochschul-Verband (2015): Kommunale Grundbildungsplanung Strategieentwicklung und Praxisbeispiele. Bonn. Abrufbar im Internet. URL: [http://grundbildung.de/fileadmin/content/01Projekte/AlphaKommunal/Downloads/AK\\_Alphakommunal\\_Kommunale-Grundbildungsplanung-Strategieentwicklung-und-Praxisbeispiele.pdf](http://grundbildung.de/fileadmin/content/01Projekte/AlphaKommunal/Downloads/AK_Alphakommunal_Kommunale-Grundbildungsplanung-Strategieentwicklung-und-Praxisbeispiele.pdf). Stand: 31.01.2017.

### Links zum Thema:

- <http://blogs.epb.uni-hamburg.de/leo/files/2014/01/9783830927754-openaccess.pdf>. Link zur leo. - Level-One Studie der Universität Hamburg.

## 53. HAL Mitteilungen

- [www.alphabund.de](http://www.alphabund.de). Informationen zu vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderter Projekte zur Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener.
- [www.alphabetisierung.de](http://www.alphabetisierung.de). Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e. V.

- [www.alphadekade.de](http://www.alphadekade.de). Homepage der Dekade für Alphabetisierung und Grundbildung
- [www.grundbildung.de](http://www.grundbildung.de). Vom Deutschen Volkshochschul-Verband entwickeltes Informationsangebot.

### Hofgeismar ist auf dem Weg!

Marcus Mannsbarth



Hofgeismar liegt ca. 25 km nördlich von Kassel im Zentrum der Deutschen Märchenstraße direkt am märchenhaften Reinhardswald.

Die Märchen der Brüder Grimm sowie viele Sagen und Le-

genden sind in der historischen Altstadt mit seinen vielseitigen Fachwerkbauten aus den unterschiedlichen Jahrhunderten allgegenwärtig. Vor den Toren der Stadt liegt das Dornröschenschloss Sababurg.

Seit dem Jahr 2015 vermarktet sich Hofgeismar erfolgreich als Dornröschenschloss Hofgeismar. Durch Kooperationen mit örtlichen Institutionen wird durch vielfältige Vermarktungsaktivitäten der Bekanntheitsgrad der Stadt aber auch die eigene Wahrnehmung der Menschen Hofgeismars gestärkt. Ein herausragendes Beispiel war sicher die Durchführung des Hessentags im Jahr 2015. Viele hundert Menschen aus Hofgeismar haben sich aktiv eingebracht um sich und die Stadt den vielen Besuchern als offene und begeisterungsfähige Gastgeber zu präsentieren. Durch diese gemeinsamen Aktivitäten wurde der Zusammenhalt der Menschen der Stadt merklich fester. Die Menschen nehmen ihr Hofgeismar, die neu gestaltete Fußgängerzone mit dem modern interpretierten Dornröschenschloss, die Altstadt mit ihren kleinen gemütlichen Gassen aber auch die historische

Stadtmauer mit den dazugehörigen parkähnlichen Grünanlagen sowie den geschichtsträchtigen Gesundbrunnenpark mit dem Schloßchen Schönbürg wieder bewusster wahr.

Die Stadt hat sich dadurch ein sichtbar besseres Image wieder erarbeitet und es herrscht eine spürbare Aufbruchsstimmung. Dies wird deutlich an den Engagement der Menschen der Stadt. Auf Grundlage ehrenamtlichem Engagement konnte das Apothekenmuseum nach jahrelanger Schließung wieder öffnen. Es gründete sich ein Kulturverein. Dieser will gemeinsam mit der Stadt dem Bereich einen größeren Stellenwert geben.

Trotz der vorherrschenden positiven Grundstimmung droht der Innenstadt von Hofgeismar das gleiche Schicksal wie vielen Städten im ländlichen Raum. Ladenlokale stehen leer, historische Wohnhäuser drohen zu verfallen und die Innenstadt blutet zusehends aus. Schon seit einigen Jahren stemmt sich die Stadt dagegen.

Ziel aller Aktivitäten und Maßnahmen ist, die Menschen Hofgeismars aber auch Touristen und Besucher wieder in die historische Altstadt zu bekommen. Zum Wohnen und Leben, zum Besuch kultureller Veranstaltungen, zum Entdecken der Märchen und Sagen und natürlich auch zum Feiern. Die Innenstadt wieder zum Herz Hofgeismars zu machen, es als Ort des Treffens zu etablieren und somit wieder zum Leben zu erwecken.

Die seit einigen Jahren zunehmende Zahl von leerstehenden Ladenlokalen und anderen Dienstleistungseinrichtungen (Verdopplung innerhalb von 10

## 53. HAL Mitteilungen

Jahren) veranlasste die Stadt Hofgeismar dazu, im Jahr 2010 eine Einzelhandelsstrukturanalyse und ein Zentren Konzept erarbeiten zu lassen. Hieraus ergaben sich wiederum zahlreiche Hinweise auf erforderliche städtebauliche Entwicklungen, die ab 2011 in einem „Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzept“ (ISEK) für die Innenstadt Hofgeismars vertiefend bearbeitet wurden.

Dessen Aufgabe war es, das vorliegende Einzelhandelskonzept mit einer städtebaulichen Bestandsanalyse zu ergänzen und unter Integration des vorliegenden Zentren Konzeptes sowie des Verkehrsentwicklungsplanes von 1995 die aktuellen städtebaulichen Entwicklungspotentiale aufzuzeigen. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf das Ziel der Stabilisierung und Weiterentwicklung des traditionellen zentralen Versorgungsbereiches als multifunktionalem Zentrum für die gesamte Stadt gelegt.

Die Erarbeitung von Zukunftsbildern und eines Leitbildes für die Altstadtentwicklung und ihre Konkretisierung in räumlichen und thematischen Vertiefungen wurden als transparenter Prozess unter Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger gestaltet. Mit der Unterstützung der Verwaltung stellte eine Steuerungsgruppe zu den verschiedenen in der Innenstadt relevanten Themen und Handlungsfeldern Arbeitsgruppen zusammen.

### Ziele

Als wichtigstes Ziel der Stadtentwicklung sieht das ISEK die Stabilisierung und Weiterentwicklung der Altstadt als multifunktionaler Mittelpunkt der Stadt Hofgeismar und als Mittelzentrum der weiteren Umgebung an.

### Wohnstandort

Die Altstadt Hofgeismars soll zu einem qualitätsvollen Wohnstandort mit bezahlbaren Wohnungen in guter Qualität entwickelt werden. Wichtig für die Zukunftsfähigkeit der Stadt ist hierbei die Schaffung von Wohnmöglichkeiten, die der Vielfalt der modernen Lebensformen Rechnung tragen und Platz für unterschiedliche Altersgruppen, Haushaltsgrößen und Herkunftsethnien anbieten sollte (Familien mit Kindern, Senioren, Singles, Wohnge-

meinschaften, Wohnen in der Gruppe). Die Neuschaffung von Wohnungen stellt einen wichtigen Schritt gegen den Wegzug verschiedener Bevölkerungsgruppen dar und trägt zur Stabilisierung der Einwohnerzahl bei. Dabei soll der Fokus auf der Bebauung von ungenutzten bzw. fehlgenutzten Grundstücken und Gebäuden innerhalb der Altstadt liegen, die ihrerseits durch Leerstandreduktion und Nutzungsintensivierung attraktiver werden soll. Die Beibehaltung der vorhandenen ortstypischen, kleinteiligen Parzellenstruktur ist dabei ein wichtiges identitätsstiftendes Moment, das den Bewohnern Hofgeismars das Heimatgefühl erhalten soll. Die Anwohnerzahl im fußläufigen Umfeld von Versorgungs-, Dienstleistungs- und Gemeinbedarfseinrichtungen hat insbesondere in Zeiten des demografischen Wandels eine sehr hohe Bedeutung für die Stabilisierung und die Zukunftsfähigkeit dieser Einrichtungen.

### Attraktiver Einkaufsort



Die Bestandsanalyse hat ergeben, dass nur ein kompakter Geschäftsbereich mit vielen konkurrierenden vergleichbaren Angeboten in der Nachbarschaft zukunftsfähig ist, daher sollten sich die Handelseinrichtungen auf den Bereich der Innenstadt konzentrieren. Wenn der Hauptgeschäftsbereich mit der Fußgängerzone als Einkaufszentrum gestaltet und organisiert wird, sichert dies bei einem breiten und hochwertigen Angebot die Wirtschaftlichkeit. Die städtebauliche Gestaltung der Fußgängerzone muss parallel mit der Stabilisierung des Versorgungsangebotes erfolgen. Die Gestaltung von ruhigen und lebhaften Plätzen unterstützt die Ansiedelung von Straßencafés, Restaurants

und Biergärten und qualifiziert den Einkaufsbe- reich zur Flaniermeile mit Erlebnischarakter. Hier- für müssen die kleinen Einzelhändler bei der Er- weiterung ihrer Verkaufsflächen unterstützt wer- den und auch beim Marketing Hilfestellung erhal- ten. So können unattraktive Leerstände und deren negativer Einfluss auf die gesamte Geschäftslage (downgrading) wirksam bekämpft werden.

### Kultur- und Freizeitangebot



Die vorhandenen Kultur- und Bildungsangebote und die sozialen und administrativen Einrichtungen sollten erhalten und ausgebaut werden, da die Nähe ähnlicher Infrastruktureinrichtungen Synergieeffekte schafft und den Bürgern Erleichterung bei ihren alltäglichen Erledigung verschafft. Der Altstädter Kirchplatz sollte als „gute Stube“ der Stadt mehr gestalterische Aufwertung erfahren, da hier viele kirchlich-soziale und kulturelle Einrichtungen beheimatet sind. Wünschenswert wäre die weitere Ansiedlung von neuen Kultur- und Bildungsangeboten sowie sozialer und administrativer Einrichtungen, damit lebendige Kommunikation sowohl unter Dach (Stadhalle, Stadt- und Apothekenmuseum, Mehrgenerationenhaus, Senioren- und Kindertagesstätte, Elterntreff, Jugendhaus, Gastronomie etc.) als auch im Freien (Freiflächen dieser Einrichtungen, ruhige und exponierte Plätze mit Ruhebänken, Wochen- und Bauernmärkte, etc.) zur Attraktivität der Stadt beitragen.

### Touristisches Potential

Die Entwicklungsbilanz des Tourismus in Hofgeismar ist positiv. Durch neue Impulse wie die „Marke

Dornröschen – Märchenstadt Hofgeismar“ könn- ten die Zahlen weiterhin gesteigert werden. Das touristische Potential stellt eine nicht unerhebliche zusätzliche Einnahmequelle für den lokalen Einzelhandel dar. Hierfür sollte innerhalb der Wirt- schaftsförderung eine bessere marketingtechni- sche Begleitung erfolgen. Dazu gehört beispiels- weise eine geeignete Beschilderung, die auf die Fachwerkstadt und deren Geschichte hinweist, wie auch ein Informationszentrum für Wanderer und Radfahrer. Die Einrichtung von Themenwegen könnte für mehr Interesse an der Region sorgen, ebenso wie ein Hotel mit gehobenem Standard. Auch die Abstimmung der Ruhetage bei Hotels und Gastronomie sollte Teil einer Tourismus- und Marketingstrategie sein.

### Attraktive Straßenräume und Wege

Bei dem Ziel der Attraktivierung der Stadt spielt die Verbesserung der Wegeführung und Wegebezie- hungen eine wichtige Rolle. Kurze barrierefreie Wege ins Grüne und zu Versorgungs-, Dienstleis- tungs-, Kultur- und Freizeitangeboten bieten be- rufstätigen Eltern und Singles, Senioren, Kindern und Jugendlichen das geeignete Umfeld für eine hohe Lebensqualität. Wünschenswert wären in diesem Sinne, die Neugestaltung der Fußgänger- zone und die Schaffung eines „roten Bandes“ für Radfahrer durch die Altstadt. Die nach dem Bau der Umgehungsstraße vom Durchgangsverkehr entlastete Bahnhofstraße könnte gestalterisch den verminderten Verkehrszahlen angepasst werden. Ein für die engen Altstadtstraßen dimensionierter Stadtbus, der alle Stadtteile miteinander verbindet und barrierefreie Übergänge zum regionalen Bus- und Bahnnetz bietet, steht ganz oben auf der Wunschliste.

### Bauliche Impulsprojekte

- Sanierung und Modernisierung des Infor- mationszentrums (Markt 5)
- Zielgruppenspezifisches Wohnangebot in der Innenstadt
- Sanierung und Modernisierung der Fuß- gängerzone
- Energetische Sanierung von Gebäudeen- sembles

### **Aufwertung und Stärkung des öffentlichen Raumes**

- Aufwertung des Grüngürtels
- Verbesserung der Anbindung an den Grüngürtel
- Schaffung von Barrierefreiheit in der Innenstadt
- Gestalterische Aufwertung der öffentlichen Plätze
- Generationenspielplätze – Neuanlagen und Ergänzungen
- Markierung der Eingangsbereiche in die Innenstadt

### **Nachnutzung von Leerständen**

- Nachnutzung von Ladenleerständen
- Nachnutzung von Wohngebäuden
- Ordnungsmaßnahmen untergenutzter Gebäudeanlagen und Nebengebäude
- Zwischennutzung
- Vermarktung von Brachflächen

### **Steigerung der touristischen Aktivitäten**

- Ausbau und Verbesserung des touristischen Angebots
- Info- und Beschilderungssystem
- Verkehrskonzept Fahrrad
- Qualifizierung des Naherholungsangebotes

### **Funktionale Stärkung der Innenstadt**

- Etablierung von Ankernutzungen für die Innenstadt
- Parkleitsystem
- Ausbau der Wegeverbindung
- Mobilitätskonzept / Verkehrskonzept
- Ausbau bzw. Zusammenlegung von Verkaufsflächen

### **Querschnittsmaßnahmen**

- Anreizförderung
- Kooperation zwischen Einzelhandel und Kultur

### **Durchgeführte Maßnahmen und Projekte**

#### **Fußgängerzone**

Die Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Fußgängerzone gehört inhaltlich zu den Maßnahmen, die in das Leitbild eingeordnet werden können. Der 1. Bauabschnitt ist bereits fertiggestellt.

Die Fußgängerzone hat durch einen neu installierten mittigen Möblierungsstreifen eine neue Struktur erfahren. In diesem Bereich wurden Spielgeräte, Bänke und Beete aber auch eine neue Beleuchtung und ggfs. eine Überdachung errichtet. Dabei wird die Fußgängerzone (Mühlenstraße) in einen schmaleren und einen breiteren Bereich aufgeteilt, sodass diese Räume für verschiedene Funktionen genutzt werden können. Diese Maßnahmen sollen zur Stärkung des Einzelhandels und der Gastronomie, sowie zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität beitragen. Die neu gestaltete Mühlenstraße wurde sehr positiv aufgenommen und hat zu einer Belebung der Innenstadt beigetragen.

#### **Mehrgenerationen-Spielplatz**

Im Rahmen der Bürgerbeteiligung brachte die AG „Öffentliche Plätze und Grünflächen“ 2016 die Idee hervor, einen existierenden Spielplatz zu einem Mehrgenerationen-Spielplatz auszubauen. Der Gedanke stieß von Beginn an auf positive Resonanz seitens der Stadt. Mehrere Angebote zur Umsetzung durch Fachbüros wurden zeitnah eingeholt. Aber die endgültige Entscheidung sollte nicht ohne die Bürger-Arbeitsgruppe erfolgen.

Deshalb stellte das Bauamt im Juni 2016 alle Offerten vor und es wurde gemeinsam ausgewählt und beauftragt, so dass der Mehrgenerationen-Spielplatz im Oktober 2016 eingeweiht werden konnte. Herzstück des Entwurfs sind Fitnessgeräte wie Trimmrad und Doppelt-Crosstrainer, die besonders die Mobilität älterer Nutzer fördern sollen. Der Erfolg dieses Projekts spornt an: In Hofgeismar werden die Arbeitsgruppen weitergeführt, um sie auch bei anderen Entwicklungsprozessen im Rahmen des Förderprogramms „Aktive Kernbereiche in Hessen“ einzubeziehen.

### Verbundprojekt Petriviertel

Auf dem brachliegenden Gelände des ehemaligen „Grünen Warenhauses“ an der Petristraße soll ein neues Quartier geschaffen werden, das sich mit moderner, bedarfsgerechter Neubebauung städtebaulich und funktional ins Stadtgefüge einpasst. Zusammen mit der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft GEWOBAG und engagierten Bürgern möchte die Kommune an diesem Ort einerseits selbstbestimmte Wohn- und Betreuungsformen für jüngere und ältere Bürger Hofgeismars mit und ohne Pflegebedarf schaffen und auf der anderen Seite Arbeitsplätze schaffen und sichern. Insgesamt soll die soziale und gesundheitliche Versorgung verbessert werden. Eine Tagespflegeeinrichtung, Wohngruppen, ein Nachbarschaftscafé, barrierefreie Wohnungen und Eigentumswohnungen und gegebenenfalls eine Physiotherapiepraxis sind in Planung.

Ein anderes Projekt, eine Wohneinrichtung für Menschen mit psychischem Handicap konnte bereits Richtfest feiern. Bauherr ist die Kurhessenstiftung, die das Gebäude an die Baunataler Diakonie vermietet wird. 18 Menschen mit psychischem Handicap werden im Sommer 2017 hier einziehen. Das Gebäude wurde in Niedrigenergiebauweise errichtet. Es wird mit Solarthermie und einer Photovoltaikanlage ausgestattet. Zudem erhält es ein spezielles Belüftungssystem mit Wärmerückgewinnung. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 2 Millionen Euro, die von der Kurhessenstiftung und der Diakonie Hessen getragen und zudem von der KfW gefördert werden.

Städtebauliches Ziel ist es, aus dem Petriviertel ein Quartier „aus einem Guss“ zu schaffen und die Achse zwischen Petriviertel und Töpfermarkt zu attraktivieren. Dabei soll ein Quartiersplatz als städtebauliche Mitte fungieren. Die großen freien Flächen bieten die Chance, öffentliche Grün- und Freiflächen mit hoher Aufenthaltsqualität als Ausgleich zur dicht bebauten Altstadt zu schaffen.

### Anreizförderung

Das Anreizprogramm „Förderprogramm Innenstadt“ ist im Sommer 2015 beschlossen worden,

es knüpft an das Vorläuferprogramm zur Fassadensanierung im Rahmen des Hessentages an und erweitert es. Die Fördergelder werden aus dem Städtebauförderprogramm „Aktive Kernbereiche in Hessen“ zur Verfügung gestellt. Ziel ist es, den Sanierungsstau vor allem im historischen Bestand zu beheben, Leerständen entgegenzuwirken und die Kernstadt als Wohnstandort zu verbessern.

„Wir brauchen das Engagement unserer Bürger, um den historischen Kern unserer Innenstadt wieder zum lebendigen Zentrum von Hofgeismar werden zu lassen“, sagte Bürgermeister Markus Mannsbarth anlässlich der Vorstellung des Förderprogramms. „Das Förderprogramm sieht dabei Beratung, Begleitung und nicht zuletzt finanzielle Unterstützung vor“. Eine solche Förderung wird als einmaliger Zuschuss vergeben, die Höchstgrenze liegt bei maximal 20.000 Euro. Da das Land die neue Richtlinie anerkannt hat, kann die Stadt autonom und zeitnah entscheiden und die Zuschüsse vergeben, so kann die Anreizförderung unbürokratisch für schnelle Ergebnisse sorgen. Bisher konnten schon 40 Bewilligungen erteilt werden (Stand Juli 2016).

Grundsätzlich gilt: Die Investition ins Gebäude, die ein Eigentümer vornehmen will, muss mindestens einen Umfang von 10.000 Euro haben. Maximal 25% der förderfähigen Kosten werden dann übernommen. Gemeint sind damit die Ausgaben die nicht durch zu erwartende Erträge, etwa durch Mieten, Pächterlöse oder andere Fördermitteln, gedeckt sind.

Förderfähige Maßnahmen sind beispielsweise die Sanierung älterer, leerstehender Wohn- oder Geschäftsgebäude mit einem Mindestalter von 50 Jahren, eine Fassadensanierung im historischen Bestand, das Schaffen oder Verbessern von zu den Gebäuden gehörenden Freiflächen, eine verbesserte Barrierefreiheit bei Ladenlokalen. Auf einem Flyer sind alle Details des Förderprogrammes vermerkt und alle möglichen Fragen beantwortet. Der Flyer wurde an alle Haushalte, die im Fördergebiet liegen, verteilt.

### Verkehrskonzept

Im Rahmen der Fortschreibung des ISEK für das Förderprogramm Aktive Kernbereiche hat sich die Verkehrsproblematik als ein zentraler Aspekt herausgestellt. Es wird daher ein Verkehrskonzept erstellt, in der die zentralen Problembereiche behandelt und Lösungsvorschläge entwickelt werden, die sich nicht nur auf die Innenstadt von Hofgeismar konzentrieren, sondern auch gesamtstädtische Ansätze aufzeigen sollen.

Dieses Verkehrskonzept soll die Chancen zur altstadtgemäßen Neuordnung und Umgestaltung der öffentlichen Räume aufzeigen und die Grundlagen für die Neugestaltung der Straßenräume legen. Dazu gehören insbesondere die Neubewertung

der Verkehrsbelastung und des Verkehrsregimes, nachdem in 2013 die Ortsumgehung B 83 fertiggestellt wurde. Notwendig ist außerdem eine Neukonzeption der Parkräume und eines dazugehörigen Parkleitsystems. Aufgrund der Aufgabenstellung soll das Konzept von einem interdisziplinären Team aus Verkehrs-, Stadt- und Freiraumplanern unter Beteiligung der Bürger erarbeitet werden.

**Autor:** *Marcus Mannsbarth, Bürgermeister der Stadt Hofgeismar, Hofgeismar ist Mitglied der HAL*  
Internet: [www.hofgeismar.de](http://www.hofgeismar.de)

## Bürgergesellschaft und demografischer Wandel in Hessen

### Roland Löffler

Bürgerinnen und Bürger können viel bewegen. Sie sind Experten, wenn es darum geht, die Probleme und Bedürfnisse vor Ort zu analysieren und kreative Lösungsansätze für das Gemeinwesen zu entwickeln. Mit dem Programm "Land mit Zukunft" fördern die Landesstiftung "Miteinander in Hessen" und die Herbert Quandt-Stiftung über drei Jahre hinweg freiwillig Engagierte in sechs besonders vom demografischen Wandel betroffenen hessischen Kommunen: In Bad Karlshafen, Homberg (Efze), Schlitz, Sontra, Tann und Waldeck begleiten die beiden Stiftungen Bürgerinnen und Bürger dabei, die Lebensqualität vor Ort zu verbessern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Um Antworten zu finden haben die beiden Stiftungen die Einwohner zu Programmstart in Bürgerdialogen zusammengerufen. Dabei sind Projektideen entstanden, die anschließend an Runden Tischen ausgearbeitet und im Detail geplant wurden. Im Herbst/Winter 2016 soll die Förderphase der Projekte beginnen, die die Landesstiftung als Projektleiterin in die Hand nimmt.

Die Engagierten können über drei Jahre verteilt Mittel der Landesstiftung beantragen, um ihre

Ideen verwirklichen zu können. Damit das bürgerschaftliche Engagement eine möglichst große Wirkung entfalten kann, vernetzen die beiden Stiftungen die Programmteilnehmer und ermöglichen Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit über die Grenzen des eigenen Projekts hinaus.

Nach rund anderthalb Jahren Laufzeit zeigt sich, dass Projektentwicklung mit Ehrenamtlichen durch Dialogprozesse langwierig, aber lohnend ist. Die Dialoge-Prozesse haben zu einer erheblichen Aktivierung von Engagierten im ländlichen Raum geführt. Bürger diskutierten jenseits von Politik und Verwaltung über Lösungen für kommunale Probleme.

Es besteht kein Mangel an ehrenamtlich Engagierten im ländlichen Raum, auch nicht an kulturellen oder sozialen Angeboten, die ehrenamtlich organisiert werden. Wohl geht es aber darum, die Menschen passend anzusprechen, zu motivieren, mit anderen Engagierten zu vernetzen. Manchmal stehen sich Vereine und Menschen in Dörfern und Kleinstädten aufgrund des berühmten Kirchturmdenkens sogar selbst im Wege. Bestehende, oft verhärtete (Vereins-) Strukturen verhindern die

Entwicklung von Innovationen. Denn: Innovativer Gestaltungswille ist projektorientiert und nicht organisationsorientiert. Ideen entstehen für konkrete Probleme oder Sachverhalte, nicht für Organisationen. Auffallend war für uns auch, dass die Aussicht auf finanzielle Förderung zwar motivierend sein kann. Geld allein ist in demografisch gebeutelten Regionen keine ausreichende Motivation. Die Menschen müssen vom Sinn der Aufgabe überzeugt sein, sich selbst aufmachen wollen – und dann erst stellen sie die Frage nach der Finanzierung.

Eine „ganzheitliche“ Beratung zu Organisationsfragen, Inhalten, Personal, Entwicklungspotentialen und zur lokalen Vernetzung kann eine wichtige Hilfe für die Weiterentwicklung von Vereinen sein. Hier entstehen Chancen für Engagement fördernde Infrastrukturen, Organisationen und Stiftungen. Ihnen kann aufgrund ihres Blickes von außen eine enorme Bedeutung als Motor der Veränderung zukommen. Neutrale Moderation von außen kann Innovation fördern und dazu führen, aus verhärteten Strukturen auszubrechen.

### Buchbesprechung

#### „Rettet das Dorf! Was jetzt zu tun ist.“<sup>1</sup>

Roswitha Rüschen-dorf



„Rettet das Dorf! Was jetzt zu tun ist“. Unter diesem Titel ist ein neues Buch von Gerhard Henkel im Herbst 2016 erschienen. Erst im März 2012 präsentierte der Autor über den Konrad Theis Verlag ein als Bildband gestaltetes Buch über das Dorf von gestern und

heute. Seinerzeit spekulierte ich, dass es ein abschließendes Werk des Autors sein könnte. Weit gefehlt!<sup>2</sup>

Mit der Neuerscheinung zeigt Gerhard Henkel nun Perspektiven auf, die er seinerzeit lediglich kurz und idealtypisch am Beispiel des Dorfes Kirchhusen beschrieben hat.

Schon sein gewählter Buchtitel lässt keinen Zweifel aufkommen, dass der Autor nicht zu der Gruppe der Experten gehört, die die Entleerung und das Sterben der Dörfer quasi als naturgegebene Lösung des demografischen, sozialen und ökonomischen Wandels hinnehmen oder gar kontrolliert beschleunigen wollen. Vielmehr setzt der Wissenschaftler und Kommunalpolitiker Gerhard Henkel einerseits auf die Handlungsfähigkeit der Bürger und die der kommunalpolitisch Verantwortlichen und andererseits auf den Gestaltungswillen der Länder, des Bundes und der einflussreichen gesellschaftlichen Kräfte wie den Medien, Kirchen, Wissenschaften, kommunalen Spitzenverbänden u.a.

Entsprechend beinhaltet das Buch zwei große Teile. Der erste, längere Teil steht unter der Überschrift: „Die Probleme des heutigen Dorfes: Strate-

<sup>1</sup> Henkel, Gerhard: Rettet das Dorf! - Was jetzt zu tun ist. 304 Seiten mit schwarz-weißen Abbildungen, Orts- und Sachregister. 14 x 21,5 cm. Gebunden mit Schutzumschlag. dtv Verlagsgesellschaft., München 2016. ISBN 978-3-423-28102-7

<sup>2</sup> Siehe hierzu: Rüschen-dorf, Roswitha, 2012: Buchrezension von: Henkel, Gerhard: Das Dorf – Landleben in Deutschland – gestern und heute“. In: HAL Mitteilungen, Heft 43. Wiesbaden, März 2012, 25 – 27 mit Nachtrag in Nr. 44, S.21

*gien und Beispiele für Verbesserungen >> von unten <<, auf der Lokal-, Gemeinde- und Regional-ebene.“ Der zweite Teil trägt den Titel „Die Schwächung und Fremdbestimmung des Dorfes >>von oben<< durch die Zentralen in Politik und Gesellschaft: Anregungen und Beispiele für Verbesserungen.“ Die etwas sperrigen Überschriften erschließen sich dem Leser durch die jeweiligen Untergliederungen.*

So werden im Teil I neun Handlungs- und Politikfelder benannt. Diese sind: 1. Die Revitalisierung der Ortskerne, 2. die ökonomische Stabilisierung, 3. die Infrastruktur- und Grundausstattungs-ausstattung des Dorfes, 4. die Vereinsstärkung, 5. die Gestaltung des demografischen Wandels, 6. die Sicherung der Natur- und Kulturlandschaft, 7. das Leitbild Bürgerkommune und 9. der Ausbau von Kooperationen/Bündnissen. In jedem Handlungsfeld werden die gegenwärtigen Probleme kurz skizziert, „Hintergrund und status quo“ betrachtet, um anschließend gegenwirkende (Praxis) „Beispiele und Programme“ vorzustellen. Abschließend werden unter der Frage „Was bleibt zu tun? Fazit, Bewertungen und Empfehlungen“ formuliert.

Diese Gliederung findet sich im Grundsatz auch im Teil II des Buches, ist aber nicht so stringent eingehalten. Teil II umfasst sechs Themenfelder bzw. gesellschaftlich wirkende „Zentralen in Politik und Gesellschaft“<sup>3</sup>, die auf die lokale Ebene wirken. Diese sind: 1. Die Raumordnungspolitik, 2. die Fachpolitiken, 3. die Kirchenpolitik, 4. die Rolle der Wissenschaft und 5. der Medien sowie 6. der Zentralinstitutionen wie die der kommunalen Spitzenverbände, Genossenschaften, Berufsverbände etc.

Das Buch schließt mit dem sechsseitigen Kapitel: „Schlusswort und Ausblick: Warum das Dorf nicht sterben darf“. Hierunter werden in neun Thesen nochmals die Bedeutung des Dorfes und der kulturellen Errungenschaften des Landlebens hervor-

gehoben. Dabei erinnert Henkel auch an das im Grundgesetz (Art. 72) verankerte politische Leitbild der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, und an die „...Verantwortungsgemeinschaft von Stadt und Land“.<sup>4</sup>

Gerhard Henkel lässt keinen Zweifel aufkommen: Es gibt für ihn eine (politische) Alternative zur Abwärtsspirale der ländlichen Räume. Oder: Gerhard Henkel hält „das Dorf ... prinzipiell für zukunftsfähig“.<sup>5</sup>

Durch die hohe Anzahl von 15 Handlungsebenen werden eine Vielzahl von Lösungsansätzen vorgestellt. Diese liegen beispielsweise in der kommunalen Ehrenamtsunterstützung, der Rückbesinnung auf mehr kommunale Selbstverantwortung, einer Neuausrichtung von Fachplanungen, der Bildungs- und Kirchenpolitik und des Steuerrechts, in unterstützenden Landes- und Bundesförderprogrammen, Diskursangeboten, Veränderungen von Zuständigkeiten und Strukturen in Verwaltungen, der Etablierung der Bürgerwissenschaft u.v.m. Unterlegt werden die Vorschläge zumeist mit Praxisbeispielen aus den Bundesländern und Regionen. Die Probleme, ihre Folgen und Wirkungen wie auch die positiven Praxisbeispiele werden verständlich, zumeist ausführlich und bisweilen emotional beschrieben. Den Leser erwartet kein Eintauchen in interdisziplinär geführte Fachdiskussionen und schwierige Begriffsklärungen.

Dieser Lesevorteil bleibt allerdings nicht ohne Auswirkungen auf die vorgestellten „Bewertungen und Empfehlungen“ bzw. Strategieansätze. Letztere werden zuweilen thesenartig verkürzt dargestellt und wirken dadurch nicht immer überzeugend. So liest sich beispielsweise im Teil I die Forderung für ein „umfangreiches kommunales Förderprogramm >>Gegen den Leerstand in den Dorfkernen<< gekoppelt mit der „Wiedereinführung der Eigenheimzulage oder eine Erhöhung der Pendlerpauschale“<sup>6</sup> eher wie aus einem Parteiprogramm. Oder: Die Erosion der Grundversorgung in unseren

<sup>3</sup> Gerhard Henkel: Retter das Dorf! Was jetzt zu tun ist. München 2016, S. 16.

<sup>4</sup> Ebd., S. 271

<sup>5</sup> Ebd., S. 10

<sup>6</sup> Ebd., S.26

Dörfern kann nur durch ein breites bürgerschaftliches Engagement aufgehalten werden.“<sup>7</sup> Dabei „wird es die Aufgabe der ländlichen Kommunen sein“, so Henkel weiter, den Einsatz der Bürger für ihr Dorf einzufordern und auch zu fördern“.<sup>8</sup> Unwillkürlich stellt sich (zumindest mir) die Frage, was sich in all den Dörfern abspielt, wo die Grundversorgung nicht gerettet wurde oder wird, obwohl Motivation und politischer Wille vorliegen? Seinem Hinweis auf das Leitbild Bürgerkommune<sup>9</sup> greift Henkel in einem eigenem Kapitel auf. „Die Hoffnung Bürgerkommune“<sup>10</sup> steht für ihn als Vision des eigenverantwortlichen bürgerschaftlich-kommunalen (statt zentralistisch gesteuerten) Handelns. Diese Hoffnung als strategische Empfehlung aufzunehmen ist außergewöhnlich und bereichernd für Fachbücher zur ländlichen Entwicklung. Umso wünschenswerter wäre es gewesen, die Diskussionen um die lokale Demokratiebelebung präziser vorzustellen. So zeigen Erfahrungen und Untersuchungen der vergangenen 15 Jahre deutlich, dass es primär nicht die Fremdvorgaben, die „Gängelung und Bevormundung“<sup>11</sup> durch die zentrale Politik sind, die die Entwicklung zur Bürgerkommune verhindern. Vielmehr bedarf es eines anderen kommunalen Politikverständnisses, welches weit über neue Partizipationsformen und die Würdigung des Bewohnerengagements hinausgeht. Es bedarf eines Kulturwandels auf lange Sicht, oder wie Klaus Selle sagt, eine andere „Politik und Entscheidungskultur“, was „Veränderungen bei allen Akteuren voraus(setzt)“. Dabei ist der Bürger in seinen vier Rollen in Stadt und Dorf zu berücksichtigen: als 1. politischer Akteur, 2. Beteiligter, Betroffener und Kunde kommunaler Dienstleistungen etc., 3. lokal Engagierter und 4. Marktakteur.<sup>12</sup>

<sup>7</sup> Ebd., S. 60

<sup>8</sup> Ebd., S. 61

<sup>9</sup> Das Leitbild oder die Utopie der Bürgerkommune entstand Ende der 90-er Jahre und wurde insbesondere von Stadtsoziologen und-planern sowie Politologen formuliert. Auch wenn der Begriff nur noch selten öffentlich verwandt wird, so sind die Diskussionen über ihre konstituierenden Elemente aktueller denn je. Beispielhaft verweise ich auf die Civitas-Kommunen, einem Netzwerk bürgerorientierter Kommunen in Deutschland zur Stärkung einer lebendigen, lokalen Demokratie (<http://www.buergerorientierte-kommune.de/>) und auf die Aktivitäten des „Zentrums für nachhaltige Kommunalentwicklung Bayerns“ unter

Und als abschließendes Beispiel für gut gemeinte aber wenig optimistisch stimmende Empfehlungen: Sein Appell an die Agrarpolitik und den Deutschen Bauernverband, Umweltprobleme ernster zu nehmen und ein das Gemeinwohl förderliches neues Leitbild sowie eine „ruhigere“ Diskussionskultur zu suchen. Die Notwendigkeit wie auch die Möglichkeiten hierfür stellen sich schon zu lange.<sup>13</sup> Doch Gerhard Henkel hat das Buch bewusst nicht als wissenschaftliche Abhandlung geschrieben. Es folgt keiner erkennbaren Wissenschaftstheorie und ist nicht das Ergebnis eines aktuellen Forschungsprojektes. Das Buch ist ein Appell. Es hat einen politischen und visionären Anspruch. Es basiert auf diversen sektoralen Untersuchungen, unzähligen Forschungs-, Bilanzierungs- und Projektergebnissen, Gesprächen, Gutachten und politischen Stellungnahmen unter Berücksichtigung der Geschichte der Politik der ländlichen Räume. Letztendlich beruht es auch auf den persönlichen Erkenntnissen und Erfahrungen Gerhard Henkels. Und: Ohne Zweifel beinhalten alle 15 vorgestellten Ansätze Hebel, die die gegenwärtige Situation der Dörfer beeinflussen können. Die Handlungsansätze spielen ineinander wie Zahnräder in einem Getriebe. Gerhard Henkel hat sich mit der Gliederung entschieden, die komplexen Ursachen für den zunehmenden Bedeutungsverlust der ländlichen Räume in unserem Land verständlich zu machen. Dafür filetiert er die Hintergründe und bietet entsprechend sektorale Antworten an.

Damit richtet sich das Buch primär an die Entscheidungsbereiten und Handelnden. Es macht zum einen denjenigen Mut, die sich bereits mit Zukunftswerkstätten, Projekten und anderen Aktionsformen in Netzwerken und Arbeitsgruppen mit oder

<http://www.kommunal-nachhaltig.de/index.php/home.html>) bzw. des vorherigen Förderprojektes „Nachhaltige Bürgerkommune Bayerns“ (2007 bis 2014) (<http://nachhaltige-buergerkommune.de/hp608/Guetesiegel.htm>).

<sup>10</sup> Ebd., S. 139

<sup>11</sup> Ebd. S. 162

<sup>12</sup> Klaus Selle, Vortrag „Bürgerkommune ist mehr...Nachdenken über das Ganze und seine Teile, oder die Wiederentdeckung der Res Publica“ am 18.03.2010 vor der AG 4 im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

<sup>13</sup> Siehe hierzu Teil II, Kapitel 2, S. 204 ff u. Kapitel 6, S. 260f

## 53. HAL Mitteilungen

ohne staatliche Unterstützung z. B. durch Dorfwirtschafts- oder Leadermittel auf den Weg gemacht haben – oder die dieses konkret vorhaben. Die Beispiele bestätigen nicht nur die vielen Ehrenamtlichen sondern insbesondere auch die Kommunalpolitiker, die zum Teil mit großer Kreativität und Hartnäckigkeit eine zukunftsfähige Gemeinde-/Stadtentwicklung suchen. Die zahlreichen Beispiele aus vielen Regionen und Dörfern Deutschlands stehen dafür.

Zum anderen richtet sich Henkel aber gerade an die Weichensteller „in den Zentralen von Politik und Gesellschaft“.<sup>14</sup> Er „will aufrütteln“<sup>15</sup>, indem er Fehlentscheidungen benennt und eine Umkehr, zuweilen auch Rückkehr zu bewährten dezentralen Strukturen und Verantwortlichkeiten fordert.<sup>16</sup> Der Autor benennt ‚Ross und Reiter‘, ‚Schuldige und Nichtschuldige‘. „Wenn das Dorf leidet oder stirbt, haben generell nicht vorrangig seine Bewohner und Kommunalpolitiker versagt, sondern in erster Linie die Eliten in Staat und Gesellschaft, die keinen Sinn für die lange erprobte Kultur der Selbstverantwortung des Dorfes haben.“<sup>17</sup> Das Buch will provozieren. Und es betont, dass die Lösungen im interdisziplinären Handeln der Zentralverantwortlichen liegen. Ob diese den Anstoß über seine neue Veröffentlichung suchen und finden ist ungewiss. Zu sehr ist das Thema seit Jahren oder besser Jahrzehnten bereits in der Diskussion. Hoffnung vermittelt das Buch dort, wo es von den positiven Entwicklungen der letzten Jahre, z. B. dem Paradigmenwechsel der Raumordnungspolitik, berichtet, oder, wo die vielen Beispiele davon zeugen, dass das Dorf (wieder) lebt.

Basiert Gerhard Henkels Buch auf Zweckoptimismus nach dem Motto: *Was nicht sein darf kann nicht sein?* Oder ist es eher der Gestaltungsoptimismus, der ihn bewegt? Urteilen Sie selbst! Eine Bereicherung um das Wissen der Vielfalt der unterschiedlichen (Selbsthilfe-) Ansätze ist es auf jeden Fall. Und: Sein abschließender und abgewan-

delter Appell: *Lasst das Dorf leben!*<sup>18</sup> wird vernommen werden. Die weitere Entwicklung wird zeigen, welche Hebel von wem für eine nachhaltige Land- und Dorfentwicklung angesetzt werden.

**Autorin:** Roswitha Rüschenhof, Kassel, Mitglied der HAL und des Redaktionsausschusses



*Bildquelle: Das Foto wurde freundlicherweise von der dtv-Verlagsgesellschaft zur Verfügung gestellt.*

Henkel, Gerhard: *Rettet das Dorf! - Was jetzt zu tun ist.* 304 Seiten mit schwarz-weißen Abbildungen, Orts- und Sachregister. 14 x 21,5 cm. Gebunden mit Schutzumschlag. dtv Verlagsgesellschaft., München 2016. ISBN 978-3-423-28102-7

<sup>14</sup> Ebd., Vorwort, S. 7

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> Zuweilen erwecken die Beschreibungen den Anschein einer verlorenen, ungetrübten Landidylle, die es, wie viele Erzählungen und wissenschaftliche Bearbeitungen zeugen, nie gegeben hat. Siehe hierzu z.B. das Schlusskapitel.

<sup>17</sup> Ebd., S.184 (Einleitung zu Teil II)

<sup>18</sup> Ebd, S. 271

## Exkurs

### Hessen ist 70

#### Der Henker steht noch in der Verfassung

Peter H. Niederelz



Als älteste noch in Kraft befindliche Landesverfassung in Deutschland wurde die hessische am 1. Dezember 2016 70 Jahre alt. Nach dem Ende des 2. Weltkrieges bestimmte zunächst die amerikanische Militärregierung die Geschicke des Gebietes in Deutschland, auf dem später des

Bundesland Hessen entstand. In der Proklamation Nr. 2 verfügte sie am 17. September 1945 die Bildung des Landes Groß-Hessen. Am 12. Oktober 1945 ernannte die Militärregierung Wiesbaden zum Sitz der künftigen zivilen Landesregierung und damit zur Landeshauptstadt. Warum nicht Darmstadt, Kassel oder das viel größere Frankfurt? In Wiesbaden hatte die US-Militärregierung ihren Sitz bereits seit Anfang Juli 1945. Die Stadt war im Krieg vergleichsweise wenig zerstört worden. Am 16. Oktober 1945 setzten die Amerikaner die erste Landesregierung unter Führung des parteilosen Universitätsprofessors Karl Geiler ein. Mit der Volksabstimmung über die Verfassung, die unter Leitung des US-Oberst Newman erarbeitet worden war, wurde am Ersten Dezember 1946 auch der erste hessische Landtag gewählt. Die Verfassung wurde mit knapp 77 Prozent der Stimmen in Kraft gesetzt. Im Landtag bildeten SPD und CDU die bisher einzige Große Koalition in Hessen. Erster gewählter Ministerpräsident wurde Christian Stock von der SPD.

Wie auch die anderen Länderverfassungen in Deutschland ist die hessische im breiten Bewusstsein der Bevölkerung nur wenig verankert. Auch den Hessischen Staatsgerichtshof, das Verfassungsgericht des Landes, kennen nur wenige. Dennoch ist die Verfassung naturgemäß von großer Bedeutung. Aus ihr leitet sich die gesamte Arbeitsweise der Staatsorgane des Landes ab. In der Verwaltungsbildung spielt sie deshalb auf allen Ebenen eine große Rolle. Nach wie vor beinhaltet sie die Todesstrafe (Artikel 21), eine Tatsache, die streng genommen, zum Ausschluss Hessens aus der EU führten müsste, da diese in der für die EU bindenden Grundrechtecharta ausgeschlossen ist. Nach der Verabschiedung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland gilt allerdings, dass Bundesrecht Landesrecht bricht. Daher wurde sie in Hessen bisher nicht ausgesprochen. Andererseits ist die Gründungsphase des Landes Hessen aber auch für die EU von Bedeutung. Hier wurde 1947 die Europäische Bewegung, wesentlich mitvorbereitet in der hessischen Staatskanzlei, gegründet. Wichtige Gründungsmitglieder waren Paul Löbe, Carlo Schmidt und Hermann Brill, der damalige Chef der hessischen Staatskanzlei. Der Schwiegersohn von Winston Churchill, Duncan Sandys, hielt bei der Gründungsversammlung im Wiesbadener Staatstheater eine viel beachtete Rede.

**Autor:** Peter H. Niederelz, Ministerialrat, Mitglied der HAL [peter.h.niederelz@gmail.com](mailto:peter.h.niederelz@gmail.com).

## HAL Interna



### **Besuch des Europäischen Parlaments in Straßburg**

**Peter H. Niederelz**

Auf Einladung von Akademiemitglied Ministerialrat Peter H. Niederelz fand kürzlich ein Besuch des Europäischen Parlaments in Straßburg statt. Unter den Gästen war auch eine Gruppe internationaler Doktorandinnen und Doktoranden unter Leitung des Vorsitzenden der HAL, Professor Siegfried Bauer. Sie wurden Zeugen wichtiger Abstimmungen unter anderem zum Thema Lebensmittelsicherheit, Gentechnik und Klimaveränderungen. Sie erlebten eine Schlägerei zwischen zwei Europa-Abgeordneten der britischen UKIP-Partei. Die UKIP ist mit der AFD in Deutschland vergleichbar. Ein langes Gespräch führte die Gruppe auch mit dem Europa-Abgeordneten Dr. Udo Bullmann.

*Mitglieder der HAL besuchten das Europäische Parlament in Straßburg; Foto: Peter H. Niederelz*

### **Bericht von der Vorstandssitzung der HAL am 9. 12. 2016**

**Hartmut Bock**

#### **Geschäftliche und organisatorische Themen standen im Mittelpunkt**

Die erste Sitzung des HAL-Vorstandes nach den Wahlen im letzten Jahr, war im neu errichteten Kreishaus des Lahn-Dill-Kreises in der Wetzlarer Innenstadt. Die Leiterin der „Abteilung für den ländlichen Raum“ Frau Margot Schäfer nutzte die Gelegenheit und stellte zu Beginn die Aufgaben und Ziele ihrer Abteilung vor.

Im Mittelpunkt der Sitzung, unter Leitung von Professor Dr. Siegfried Bauer, standen geschäftliche und organisatorische Themen. Er informierte auch

über die Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft der Akademien ländlicher Raum in den deutschen Ländern, die in diesem Jahr wieder mit einer Begleitveranstaltung im Rahmen der Grünen Woche in Berlin vertreten ist. Thema „Veränderte Lebensstile und Mobilitäten: Neue Wohnformen im Ländlichen Raum.“

Die Arbeit und künftige Ausrichtung der Jugendpreisstiftung und die Beteiligung der HAL bei der Vergabe des Förderpreises für Hessische Heimatgeschichte durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst waren Schwerpunkte der konstituierenden Sitzung.

Auch die Entwicklung der ARGE-Land war ein Thema. Der Verein, bestehend aus Mitgliedern der ehemaligen Hessischen Verwaltung für Regionalentwicklung, aus Planungsbüros und aus Personen, die sich für die Entwicklung des ländlichen Raumes engagieren, hat in der letzten Mitgliederversammlung, aufgrund einer geänderten Interessenlage, die Auflösung beschlossen. Das Vermögen des Vereins soll der HAL übertragen und den Mitgliedern die Möglichkeit der Mitarbeit oder Mitgliedschaft eingeräumt werden. Beide Punkte wurden akzeptiert.

Es gibt auch neue Mitglieder, deren Aufnahme der Vorstand zugestimmt hat. Dr. Jürgen Römer, Leiter des Fachdienstes Dorf und Regionalentwicklung beim Landkreis Waldeck-Frankenberg und Frau Johanna Stiller aus Marburg arbeiten jetzt mit. Frau Stiller war bereits in der Vergangenheit Mitglied im Redaktionsausschuss für die HAL-Mitteilungen.

Vorbereitet wurde auch die nächste Mitgliederversammlung, die am 28. April 2017 in Neu Ulrichstein im Vogelsbergkreis stattfindet. (Siehe gesonderte Information in dieser Ausgabe) Ein Schwerpunkt wird dabei die Neufassung der HAL-Satzung sein, die durch geänderte rechtliche Rahmenbedingungen erforderlich wird. Nächster Vorstandstermin ist der 7. April 2017 in Gießen.

**Autor:** *Hartmut Bock, Weilburg ist Vorstandsmitglied der HAL*

**Die 41. Versammlung der Mitglieder der HAL findet am 28. April 2016 von 10.00 Uhr bis 16 Uhr in der Gemeinde 35327 Ulrichstein im Dorfgemeinschaftshaus Unter-Seibertenrod statt.**

### IMPRESSUM

**HERAUSGEBER: Hessische Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum**

**Vorsitzender:** Prof. Dr. Siegfried Bauer  
35390 Gießen, siegfried.bauer@uni-giessen.de  
www.uni-giessen.de/Regionalplan

**Geschäftsstelle:** Andrea Emmel  
Poststraße 40, 34385 Bad Karlshafen  
Tel.: 05672-9224290, Fax: 05672-9224291  
E-Mail: hessischeakademie@t-online.de

#### **Redaktionsausschuss:**

Prof. Dr. Ing. Heinrich Klose, Kassel  
Roswitha Rüschenhof, Kassel  
Harald Schmidt, Trendelburg, Redaktionsleitung  
Johanna Stiller, Marburg  
Dr. Florian Warburg, Gießen,  
stellvertretende Redaktionsleitung  
Norbert Zimmermann, Bad Emstal-Riede

**Druck:** Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation, Schaperstraße 16, 65195 Wiesbaden

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe im Oktober 2017 ist der 31.08.2017

Auflage 500 Stück

Layout und Titelgestaltung: Harald Schmidt, Titelfotos: DGH Hopfmansfeld, sanierte Sporthalle in Wahlsburg-Lippoldsberg. Tegut Dorfladen in Oberweser-Gieselwerder, der als Mini GmbH von Gesellschaftern getragen wird.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung und Information des Autors, nicht unbedingt der Redaktion und des Herausgebers wieder. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Vervielfältigungen, sowie Verarbeitung nur mit Genehmigung des Herausgebers.